

# Bulletin 4

April 2011

Schweiz: Sistierung der  
Rahmenbewilligungsgesuche  
**Seite 7**

Die USA setzen weiterhin  
auf Kernenergie  
**Seite 12**

Dreimonatiges Moratorium  
in Deutschland  
**Seite 13**

Jahresversammlung des  
Nuklearforums am 5. Mai 2011  
**Seite 29**



## Tsunami löst Reaktorunfall im Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi aus

**Seite 4**

# Inhaltsverzeichnis

2

<b>Editorial</b>	<b>3</b>	<b>Reaktoren/Kernkraftwerke</b>	<b>21-22</b>
		Südkorea: Shin-Kori-1 in Betrieb	21
<b>Forum</b>	<b>4-6</b>	USA: ODEC zieht sich aus North-Anna-3-Projekt zurück	21
Medien-Tsunami	4		
<b>Nachrichten</b>	<b>7-27</b>	<b>Sicherheit und Strahlenschutz</b>	<b>22-24</b>
<b>Politik</b>	<b>7-16</b>	Anforderungskatalog für Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke vorgestellt	22
Frühjahrssession 2011: neu eingereichte parlamentarische Vorstösse	7	Stellungnahme von Strahlenschutz-Fachleuten zu Japan	23
Schweiz: Verfahren um Rahmenbewilligungsgesuche sistiert	7		
Uvek überarbeitet Energieperspektiven	8	<b>Fusion</b>	<b>24-25</b>
Grüne lancieren Volksinitiative zum Kernenergieausstieg	9	Iter: Aufruf an die Schweizer Industrie	24
Energie-Positionspapier der BDP	9	<b>Atomwirtschaft</b>	<b>25-26</b>
Fessenheim-Abschaltung fordern		SNPTC arbeitet mit der Provinz Shandong zusammen	25
Basel-Stadt, Basel-Landschaft ...	11	Industrielle Zusammenarbeit zwischen Areva und Rolls Royce	25
... sowie auch der Jura	11	Westinghouse teilt proprietäre Informationen zum AP1000	26
Obama bekennt sich weiterhin zur Kernenergie	12	<b>Energiewirtschaft</b>	<b>26-27</b>
USA: amerikanische Kernkraftwerke sind sicher	13	Bis 2017 erstes Kernkraftwerk Weissrusslands am Netz	26
Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke ausgesetzt	13	<b>Recht und Versicherung</b>	<b>27</b>
«Stresstest» für Kernkraftwerke in der EU beschlossen	14	RWE klagt gegen Moratorium	27
EU-Kommission nimmt Vorschlag zur Euratom-Budgetverlängerung an	15	<b>Kolumne</b>	<b>28</b>
Italien hat Neubaupläne aufgeschoben	16	<b>Arnolds Wirtschaftsblick</b>	<b>28</b>
		Elektrizitätsunternehmen sind attraktiv bewertet	28
<b>Stellungnahmen/Meinungsumfragen</b>	<b>16-20</b>	<b>Vereinsmitteilungen</b>	<b>29</b>
BKW offen für «weiterentwickelte» Kernenergie	16	Mitteilungen des Nuklearforums	29
Deutschland: Moratorium führt zu Stromimport und höheren Preisen	17	<b>Kernenergiechronik</b>	<b>30-31</b>
US-Bürger halten ihre Kernkraftwerke für sicher	18	<b>nuklearforum.ch/mehr</b>	<b>32</b>
Solider Rahmen für Kernenergie-einführung in Polen	18		
IAEO: Sicherheit der Kernenergie im Fokus	20		
<b>Wiederaufarbeitung/Entsorgung</b>	<b>20-21</b>		
Geologische Tiefenlager: keine Sondierbohrungen in Etappe 2	20		
Schweden: Baueingaben für Tiefenlager	21		

## Corina Eichenberger

Nationalrätin, Präsidentin des  
Nuklearforums Schweiz



### Nun ist Besonnenheit gefragt

Während ich diese Zeilen schreibe, ist Japan immer noch in unseren Schlagzeilen. Das Erdbeben und der Tsunami haben weit über 11'000 Todesopfer gefordert, noch mehr Vermisste sind zu beklagen, das Leben Hunderttausender wurde abrupt auf den Kopf gestellt. Wir sind gedanklich immer noch bei den wirklichen Opfern der Katastrophe und geben die Hoffnung nicht auf, dass durch das Unglück im Kernkraftwerk letztendlich keine Toten zu beklagen sein werden.

Vor diesem Hintergrund wirkt die in unserem Land nun mit neuer Verve geführte Diskussion um die Kernenergie etwas fahrlässig, gar eilig und zynisch. Die Ausgangslage für unsere Energiezukunft hat sich am 11. März 2011 in keiner Weise geändert. Wir müssen Produktionskapazitäten ersetzen und ausbauen. Unser Stromkonsum steigt trotz Effizienzmassnahmen, wie der neue Verbrauchsrekord im Jahr 2010 und die jüngsten Zahlen über die künftige Zuwanderung zeigen. Selbstverständlich müssen die Lehren aus Fukushima auch hier gezogen werden. Die Vorsteherin des Uvek und das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat Ensi haben diesbezüglich rasch gehandelt. Nach den Ereignissen in Japan gilt es genauso wie vorher, alle Optionen für unsere Stromversorgung zu prüfen und dann zu entscheiden.

Nun ist also Besonnenheit gefragt, doch nicht alle Meinungsmacher scheinen dazu bereit. Die SP und die Grünen versuchen in aller Eile, den raschen Ausstieg aus der Kernenergie zu erzwingen. Bereits in vier Jahren würde nach diesen Plänen ein Drittel unserer nuklearen Stromproduktion entfallen, also über 8 Milliarden Kilowattstunden

Grundlast. Wie diese durch neue erneuerbare Energien in solch kurzer Zeit ersetzt werden soll, bleibt mehr als vage. Ob unsere Volkswirtschaft diesen «machbaren» Ausstieg auch verkraften würde, wird in der Hitze des (Wahl-) Gefechts gar nicht erst gefragt. Und das zeugt nicht von umsichtiger Wahrnehmung von Verantwortung.

Die Analyse des Unglücks in Fukushima wird hoffentlich bald Klarheit schaffen, inwiefern menschliches, technisches und/oder politisches Versagen mitverantwortlich ist. Der Rückblick wird uns zweifellos daran erinnern, dass eine Technologie nur so gut ist, wie sie von den Menschen eingesetzt wird. Gerade in dieser Hinsicht brauchen wir uns in der Schweiz keine Sorgen zu machen. Die Sicherheitskultur in unseren Kernanlagen ist hervorragend. Davon konnte ich mich selbst bei zahlreichen Besuchen überzeugen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort gebührt in diesen Tagen unser aller Dank ganz besonders. Trotz des medialen Dauerbeschusses gehen sie ihrer Arbeit nach und stellen unsere Stromversorgung Tag und Nacht sicher. Und das ist, was zählt. Mein ganz besonderes Mitgefühl gehört den beiden Mitarbeiterinnen von swissnuclear, die von einer heimtückischen Briefbombe getroffen worden sind. Wer auch immer diese bösartige Tat begangen hat – meine grosse Sorge ist die Eskalation der Unvernunft in unserem Land.

## Medien-Tsunami

**Der Reaktor-Unfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima, ausgelöst durch einen Tsunami, hat seinerseits einen Tsunami verursacht: einen weltweiten Medien-Tsunami. Die Wellen der Berichterstattung schlugen allerdings nicht überall gleich hoch wie hierzulande.**

Was zeitnahe Berichterstattung bedeutet, wissen wir seit 9/11. Die erste grosse Katastrophe des neuen Jahrtausends führte uns die heute übliche Live-Berichterstattung im Fernsehen und Internet ein erstes Mal vor Augen. Sämtliche News, ob nun relevant oder nicht, werden praktisch in Echtzeit weiterverbreitet, kommentiert und im gleichen Atemzug zusätzlich politisch ausgeschlachtet.

Auch das verheerende Erdbeben in Japan sowie seine Folgen wurden auf der medialen Weltbühne auf diese Art und Weise weiterverbreitet und vom Publikum entsprechend verfolgt. Allerdings: Was den Fokus und die Tonalität der Berichterstattung betrifft, gibt es besonders bezüglich des Unfalls in Fukushima-Daiichi erhebliche Unterschiede. Nicht nur zwischen den beiden Landesteilen in der Schweiz, sondern auch zwischen Ländern und den Kontinenten.

Unmittelbar nach dem Erdbeben, das im asiatischen Vorzeigeland eine unvorstellbare Zerstörung hinterliess, konzentrierte sich die Berichterstattung in den Deutschschweizer Medien auf die direkten Folgen dieser Naturkatastrophe. Das heisst: Im Fokus standen das Erdbeben selber, der dadurch ausgelöste Tsunami und die nachfolgenden Überschwemmungsschäden. Der Fukushima-Unfall war in dieser allerersten Phase der Berichterstattung nur am Rande ein Thema.

Laufend aktualisierte Informationen zu den vom Erdbeben betroffenen Nuklearanlagen in Japan finden Sie auf [www.nuklearforum.ch](http://www.nuklearforum.ch).

### **Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke thematisiert**

Die Wende erfolgte über das Wochenende vom 13. März. Sämtliche Sonntagsmedien schrieben mit Bezugnahme auf Fukushima breit und sehr kritisch über die Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke. Unter Generalverdacht geriet dabei Mühleberg. Aber auch die Sicherheit von Beznau und Leibstadt wurde unter die Lupe genommen und angezweifelt. In der «SonntagsZeitung» hiess es etwa: «Mühleberg ist weniger sicher als Fukushima». Begründet wurde dies im betreffenden Beitrag mit dem Zustand des Kernmantels und der mit Zugankern erfolgten Instandstellung. Zeitgleich erfolgte am Wochenende in der Schweizer Sonntagspresse auch die Lancierung der politischen Anti-Atom-Debatte. Dabei verknüpfte diese Presse das Thema Fukushima geschickt mit den auf Unwissenheit basierenden Ängsten der Schweizer Bevölkerung in Bezug auf die Kernenergie. Der japanische Reaktorunfall wurde quasi – wie es die «NZZ am Sonntag» schrieb – eingeschweizert.

Den Steilpass der Sonntagspresse nahmen in der folgenden Woche die Tagespresse und das Schweizer Fernsehen dankbar auf. Die aktuellen Ereignisse in Japan traten zunehmend in den Hintergrund und die Diskussionen drehten sich immer stärker um mögliche Sicherheitsmängel bei den bestehenden Anlagen in der Schweiz. Befeuert wurden die Bedenken in erster Linie von Exponenten aus dem linken Parteispektrum und Vertretern einschlägiger Umweltschutzorganisationen. Selbstredend, dass auch verschiedene bürgerliche Politiker auf den Zug aufsprangen – wohl im Hinblick auf die bald anstehenden Wahlen. Beleuchtet wurden die hiesigen Erdbebenrisiken, mögliche Überflutungsszena-



rien, Evakuierungszonen, die Kontrollen des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi) und die Frage nach den Kühlsystemen. Zunehmend in die Kritik gerieten auch die Pläne für Ersatzkraftwerke. Wohl auch aufgrund des medialen Druckes entschied sich die zuständige Bundesrätin Doris Leuthard dazu, das laufende Verfahren um Rahmenbewilligungsgesuche zu sistieren (siehe Rubrik «Politik»).

Mit der Sistierung war die Substitutionsdebatte lanciert, die bis heute andauert. Die Argumente der Kernkraftwerksgegner sind zurzeit in fast allen Medien noch omnipräsent. Diese allerdings haben im Vergleich zur Debatte vor Fukushima kaum an Gewicht gewonnen. Vergebens sucht man nach realistischen Szenarien, wie die 40% Strom der Kernkraftwerke zu ersetzen wären. Wer einen baldigen Ausstieg fordert, muss realistisch machbare Alternativen präsentieren. Dazu gehören auch die immensen Nachteile, die ein Ausstieg mit sich brächte. Erste Medien wie die «Weltwoche» und die «Neue Zürcher Zeitung» sind bereits dazu übergegangen, die Kosten eines allfälligen Ausstiegs zu thematisieren. Vermehrt wird inzwischen auch Kritik dahingehend geübt, dass man auf grüner Seite trotz Ausstiegsplänen keine Kompromissbereitschaft in Sachen Natur- und Landschaftsschutz zeigt. Inzwischen ebenfalls Eingang in die Medien gefunden haben die politischen Grabenkämpfe zwischen den Grünen und den Sozialdemokraten. Beide Parteien möchten das Thema aus wahlkampfaktischen Gründen für sich sichern.

### Zwischen Mühleberg und Fukushima gibt es erhebliche Unterschiede

In der französischsprachigen Schweizer Presse nahm die Debatte nach dem Unfall in Fukushima ebenfalls den vermuteten Verlauf – allerdings weniger aufgeregt, eher abgeklärt. Wie auch in den deutschsprachigen Medien wurde anfänglich über die technischen Probleme im Kernkraftwerk Fukushima geschrieben. Dabei erklärten und kommentierten Experten die Anlagen, Systeme und die aufgetretenen Probleme.



Das Erdbeben und der Tsunami in Japan haben ein starkes Medienecho bewirkt. Die aktuellen Ereignisse in Japan traten dabei zunehmend in den Hintergrund und die Diskussionen drehten sich immer stärker um mögliche Sicherheitsmängel bei den bestehenden Anlagen in der Schweiz.

Foto: Nuklearforum Schweiz

Auch in Bezug auf die Konsequenzen für die Schweiz und ihre zukünftige Atompolitik ist die Debatte in der Romandie bis jetzt weniger «schreierisch» verlaufen als in der Deutschschweiz. So wurden in «24 heures» und «La Liberté» etwa die Unterschiede zwischen Mühleberg und Fukushima herausgestrichen. Auch die Darstellung eines möglichen Erdbebens oder Dammbuchs und die daraus erwachsenen Gefahren für Mühleberg erfolgten nüchterner.

Die französischsprachigen Medien stellten die politischen Konsequenzen aus Fukushima für die schweizerische Atompolitik ausgewogener dar. Auffallend ist, dass alle Seiten zu Wort kommen und nicht nur exklusiv die Atomgegner. Auch wird ein allfälliger Ausstieg differenzierter diskutiert: Es werden auch unangenehme Fragen für die Atomgegner aufgeworfen, etwa: Was bedeutet ein Ausstieg für die selbst gesteckten schweizerischen Ziele zur Bekämpfung der globalen Klimaerwärmung? Oder: Wie würde sich unser Leben mit einem Ausstieg aus der Kernenergie punkto Lebensqualität verändern? Es

braucht – so der Tenor in den französischsprachigen Medien – eine seriöse Abklärung sämtlicher Szenarien gekoppelt mit einer eingehenden Debatte über die Folgen.

### **Glaube an die eigenen Fähigkeiten**

Wieder anders verlief die Berichterstattung in den amerikanischen Medien. Der Mainstream könnte etwa folgendermassen auf den Punkt gebracht werden: «It is too early to judge the final outcome of the nuclear crisis that continues to unfold in Japan». Etwa 20% des amerikanischen Stromverbrauchs stammen aus 104 Kernkraftwerkseinheiten. Die Risiken – so die Medien – sind wohl vorhanden, allerdings überwiegen die Vorteile. Auf der politischen Agenda der beiden grossen Blöcke sucht man denn auch das Thema Atomausstieg vergebens. Die Notwendigkeit einer funktionierenden Energieversorgung gehört zu den Themen, bei welchen Einigkeit zwischen Demokraten und Republikanern herrscht. Es gibt folglich auch keine breite politische Diskussion darüber.

So wird die Debatte in den US-Medien über die aktuellen Ereignisse in Fukushima und die möglichen politischen Konsequenzen

vorwiegend von Experten geführt. Sie betonen in erster Linie die Vorteile der Erzeugungsform für die USA. Als zentrale Argumente für die Atomenergie werden die Versorgungssicherheit, die Umweltfreundlichkeit, die Unabhängigkeit vom Ausland und die tiefen Kosten genannt.

Weiter wird in den US-Medien immer wieder auch der Forschungsaspekt thematisiert. So heisst es beim Fernsehsender CNN etwa: «There's a whole category of reactors in development with 'inherently safe' features that use the laws of physics to prevent meltdown». Hier kommt ein uramerikanisches Phänomen zum Tragen, nämlich der Glaube an den wissenschaftlichen Fortschritt und die eigenen Fähigkeiten.

Ein anderer «typisch» amerikanischer Ansatz, sich mit dem Thema Fukushima zu befassen, ist die Heldenverehrung. Während in der Schweiz eher die Kommunikationsdefizite von Tepco auf mediales Interesse stiessen, berichteten die amerikanischen Medien über «The Fukushima 50». In Amerika begegnet man der Kernkraftwerksbelegschaft, die versuchte die Schäden des Unfalls zu begrenzen, mit grossem Respekt. (Mirko Gentina)



Unvorstellbare Zerstörung: Das Erdbeben vom 11. März 2011 mit einer Stärke von 9,0 und der dadurch ausgelöste Tsunami haben in Japan bisher über 18'000 Todesopfer gefordert. Mehr als 10'000 gelten immer noch als vermisst.

Foto: WorldPressAPI

## Frühjahrssession 2011: neu eingereichte parlamen- tarische Vorstösse

**In der Frühjahrssession 2011 der Eidgenössischen Räte wurden wiederum zahlreiche parlamentarische Vorstösse zur Kernenergie eingereicht, besonders solche zu den Ereignissen in Japan.**

Die neu eingereichten parlamentarischen Vorstösse fordern nach dem schweren Erdbeben und Tsunami in Japan vom 11. März 2011 die Stilllegung der älteren Kernkraftwerke in der Schweiz oder grundsätzlich den Ausstieg aus der Kernenergie, befassen sich mit Fragen zur Sicherheit der Kernanlagen und allgemein zur Erdbebensicherheit in der Schweiz, thematisieren das Sachplanverfahren geologische Tiefenlager und erkundigen sich nach einem «Plan B», sollte das Verfahren scheitern. Zudem verlangen einige vom Bundesrat eine Einschätzung der Alternativen zur Kernenergie. Die Vorstösse sind im E-Bulletin zusammengefasst und mit dem Originaltext verlinkt.

### Ausserordentliche Session zur Kernenergie im Juni 2011

Aufgrund der Ereignisse in Japan werden der Nationalrat wie auch der Ständerat während der Sommersession 2011, die vom 30. Mai bis 17. Juni stattfindet, eine ausserordentliche Session zur Kernenergie durchführen.

Die Grüne Fraktion hatte dem Parlament mit Unterstützung der SP, der CVP/GLP/EVP und der BDP eine ausserordentliche Session zur Kernenergiepolitik der Schweiz beantragt. Wie viele und welche parlamentarischen Vorstösse in der Kernenergie-debatte behandelt werden, ist noch offen. Auch der genaue Tag für die Debatte ist noch nicht bekannt.

Eine ausserordentliche Session dient nicht der Erledigung von Geschäften, sondern erlaubt es den Räten, auf besondere Ereignisse zu reagieren. Gemäss geltenden Bestim-



Die Ereignisse in Japan haben die Einreichung einer grossen Anzahl neuer parlamentarischer Vorstösse zur Kernenergie bewirkt.

Foto: Parlamentsdienste

mungen sind ein Viertel der Mitglieder jedes Rates oder der Bundesrat berechtigt, eine Einberufung zu verlangen. (M.A. nach Grüne, Medienmitteilung, 18. März 2011, und Parlamentsdienste)

## Schweiz: Verfahren um Rahmen- bewilligungsgesuche sistiert

**Aufgrund der neusten Entwicklung in den durch das Erdbeben vom 11. März 2011 betroffenen Kernkraftwerken in Japan und nach internen Beratungen hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) Doris Leuthard entschieden, die drei Rahmenbewilligungsverfahren für Ersatzkernkraftwerke in der Schweiz zu sistieren, «bis die Sicherheitsstandards sorgfältig überprüft und allenfalls angepasst wurden».**

Bundesrätin Doris Leuthard hat am 14. März 2011 nach einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern des Bundesamtes für Energie (BFE) und dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) beschlossen,

die laufenden Verfahren für die Rahmenbewilligungsgesuche für Ersatzkernkraftwerke zu sistieren (Bulletin 1/2011). Das Ensi wurde beauftragt, eine vorzeitige Sicherheitsüberprüfung bei den bestehenden Kernkraftwerken einzuleiten. Beim Kernkraftwerk Mühleberg laufe bereits eine Sicherheitsüberprüfung.

Bundesrätin Leuthard hat das Ensi beauftragt, die Ursachen des Unfalls in Japan genau zu analysieren und daraus allfällige neue oder schärfere Sicherheitsstandards abzuleiten, insbesondere betreffend Erdbebensicherheit und Kühlung. Die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus diesen Untersuchungen müssten in die Beurteilung der Lage bei den bestehenden und der neu geplanten Kernkraftwerke einfließen. Die Rahmenbewilligungsgesuche für den Ersatz bestehender Kernkraftwerke könnten nur in Kenntnis dieser Abklärungen umfassend beurteilt werden. Für Leuthard haben die «Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung oberste Priorität».

Die Fachleute des Bundes stehen in ständigem Kontakt mit Experten auf internationaler Ebene, namentlich mit den Fachleuten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), der OECD und der EU, betont das Uvek in einer Medienmitteilung. Das Ensi halte Bundesrätin Leuthard über die Entwicklung in Japan ständig auf dem Laufenden. Das Ensi sei beauftragt, die Bevölkerung regelmässig zu informieren.

#### **Alpiq, Axpo und BKW zeigen Verständnis für Uvek-Entscheid**

In einer Stellungnahme zeigte die Alpiq Verständnis dafür, dass die Schweizer Behörden die Ereignisse in Japan ohne Zeitdruck auswerten und ihre Erkenntnisse in die sicherheitstechnischen Vorgaben einfließen lassen wollen. Die BKW FMB Energie AG gab bekannt, sie unterstütze die Sistierung der Rahmenbewilligungsgesuche für die Realisierung der Ersatzkernkraftwerke und eine zusätzliche Sicherheitsüberprüfung der bestehenden Kernkraftwerke. Sie teilte mit, das

Kernkraftwerk Mühleberg sei auf die standortspezifischen Extremereignisse ausgelegt und verfüge über umfangreiche Sicherheitssysteme. Inwiefern die bestehenden Sicherheitsvorkehrungen aufgrund der japanischen Ereignisse neu beurteilt werden müssten, werde die Analyse der nuklearen Ereignisse in Japan ergeben, so die BKW. Auch die Axpo unterstützt angesichts der Vorfälle in Japan den Entscheid des Uvek. (M.A. nach Uvek, Alpiq, Axpo, und BKW, Medienmitteilungen, 14. März 2011)

## **Uvek überarbeitet Energieperspektiven**

**Der Bundesrat hat dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) grünes Licht für die Aktualisierung der Energieperspektiven gegeben. Dabei stehen drei mögliche Optionen für die künftige Schweizer Stromversorgung im Zentrum. Erste Resultate werden bis zum kommenden Juni erwartet.**

Parallel zur Aktualisierung der Energieperspektiven sollen die damit verbundenen ökonomischen sowie innen- und aussenpolitischen Fragen im Zusammenhang mit der künftigen Stromversorgung der Schweiz beantwortet werden. Als Diskussionsgrundlage stehen drei Stromszenarien im Mittelpunkt: In der ersten Variante wird der heutige Strommix beibehalten und die Kapazität der drei ältesten Kernkraftwerke durch neue ersetzt. Die zweite Variante sieht keinen Ersatz bestehender Kernkraftwerke am Ende ihrer Betriebszeit vor. Und schliesslich beschreibt die dritte Variante den vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie, das heisst bestehende Kernkraftwerke werden noch vor ihrer sicherheitstechnischen Betriebszeit ausser Betrieb gesetzt. In diesem Zusammenhang sind für den Bundesrat die Potenziale, die zusätzlichen Fördermassnahmen und der Zeitbedarf von Interesse. Insbesondere will er «Massnahmen in den Bereichen Smartenergy, Smartgrids, Netze, Energieeffizienz,



Erneuerbare Energien, Forschung und Entwicklung sowie Pilot- und Demonstrationsanlagen vertieft analysieren». (M.B. nach BFE, Medienmitteilung, 23. März 2011)

## Grüne lancieren Volksinitiative zum Kernenergieausstieg

**Die Grüne Partei der Schweiz will, dass die Schweiz bis 2024 «geordnet aus der Atomenergie» aussteigt. Dieses Ziel verfolgen die Grünen mit einer Volksinitiative, deren Entwurf seit Ende März 2011 bei der Bundeskanzlei hinterlegt ist. Die Delegierten haben die Lancierung der Initiative an ihrer Versammlung vom 9. April beschlossen.**

Die Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» (Atomausstiegsinitiative) fordert die Änderung des Artikels 90 der Bundesverfassung (BV) zur Kernenergie, der künftig Bau und Betrieb von Kernkraftwerken verbieten soll. Die Ausführungsgesetzgebung soll sich an Art. 89 BV Abs. 1 und 2 orientieren und den Schwerpunkt auf Energiesparmassnahmen, die effiziente Nutzung von Energie und die Erzeugung erneuerbarer Energien legen. In den Übergangsbestimmungen soll festgehalten werden, dass die Kernkraftwerke Mühleberg, Beznau-1 sowie Beznau-2 spätestens ein Jahr nach Annahme eines revidierten Artikels ausser Betrieb zu nehmen sind und die Kernkraftwerke Gösgen sowie Leibstadt spätestens 40 Jahre nach Inbetriebnahme (das heisst 2019 und 2024) oder früher, sofern es die Sicherheit erfordert.

Den Ersatz der wegfallenden Stromproduktion soll eine «Agenda 24» sicherstellen, die auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzt. Demnach sollen bis 2024 rund 17 TWh Strom jährlich eingespart werden, wodurch der Jahresverbrauch bei etwas über 60 TWh stabilisiert werden könnte. Dieser Strombedarf soll wie folgt abgedeckt werden: 69% Wasserkraft, 5% fossil betriebene Wärmekraftkopplungsanlagen (WKK), 13%

Photovoltaik, 4% Biomasse und Biogas, 3% Wind sowie 2% Kehrlichtverbrennungsanlagen und Abwasserreinigungsanlagen.

Reichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz nicht aus, wollen die Grünen auf dezentrale Erzeugungsmethoden mit Erdgas setzen (Blockheizkraftwerke und WKK). Nur im äussersten Fall kämen grosstechnische Gaskraftwerke mit vollständiger CO<sub>2</sub>-Kompensation in Frage.

Als Hauptmassnahme für die Förderung der Energieeffizienz setzen die Grünen auf Bonus-Malus-Systeme, Effizienznormen und Verbote für ineffiziente Geräte, Elektroheizungen und Elektroboiler. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien setzen die Grünen in erster Linie auf die Aufhebung des Deckels der kostendeckenden Einspeisevergütung. Angesetzt werden soll zuallererst bei denjenigen Projekten, bei denen keine Konflikte zwischen Schutz und Nutzung bestehen. (M.A. nach Die Grünen, Textentwurf zur Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» [Atomausstiegsinitiative], Medienkonferenz und Medienmitteilungen, 29. März und 9. April, sowie Energieforum Schweiz, Energie-Report, 29. März 2011)

## Energie-Positionspapier der BDP

**Der Vorstand der Bürgerlich-Demokratischen Partei der Schweiz (BDP) hat am Vorabend der Delegiertenversammlung vom 26. März 2011 das von der Bundeshausfraktion der BDP Schweiz ausgearbeitete Positionspapier Energie genehmigt. Darin nimmt die Partei Abstand von der bisherigen Haltung, erst mittel- bis langfristig aus der Kernenergie auszuweichen. Sie fordert jedoch weiterhin eine autonome und CO<sub>2</sub>-arme Energieproduktion.**

Bisher habe sich die BDP in ihrem Parteiprogramm für einen mittel- bis langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie ausgespro-



Die BDP Schweiz setzt eine Arbeitsgruppe ein, die bis zur ausserordentlichen Debatte zur Energiepolitik während der Sommersession 2011 Lösungsvorschläge ausarbeiten wird. Dies hat die Delegiertenversammlung vom 26. März 2011 beschlossen.

Foto: BDP

chen. Sie habe die bundesrätliche Energiestrategie, welche die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz fördern wolle, unterstützt. Weil die Versorgung auf diese Weise aber noch nicht vollständig sichergestellt werden könne, habe die BDP bisher die Auffassung vertreten, dass die Kernenergie vorläufig eine notwendige Form der Energiegewinnung sei, um die Versorgungslücke zu überbrücken und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss möglichst schnell zu reduzieren.

#### **Ausstieg aus der Kernenergie wahrscheinlich**

Die BDP ist nun der Ansicht, dass seit den Ereignissen in Japan die Kernenergie weltweit und auch in der Schweiz als Option zur Energiegewinnung mit grösster Wahrscheinlichkeit wegfallen werde. Die abschliessende Analyse der Ergebnisse in Fukushima stehe zwar noch aus, «doch der Zeitpunkt für einen koordinierten und kontrollierten Ausstieg aus der Kernenergie ist klar in die Nähe gerückt», schreibt die BDP in ihrem Positionspapier.

Die BDP akzeptiere die neue Ausgangslage. Sie sei aber nicht bereit, deswegen ihre energiepolitischen Anliegen – autonome und CO<sub>2</sub>-arme Energieproduktion – aufzugeben.

Der Ausstieg aus der Kernenergie solle nicht auf Kosten des Klimas gehen und die Schweiz dürfe langfristig nicht von Gas oder von «dreckigem ausländischem Strom» abhängig sein.

#### **Wasserkraft besser nutzen**

Die BDP sei sich bewusst, dass die neuen erneuerbaren Energiequellen nicht innert möglicher Frist die Stromlücke, die der Ausstieg aus der Kernenergie mit sich bringen werde, deckten. Um diese Lücke «zu tragfähigen wirtschaftlichen Bedingungen» schliessen zu können, setzt die BDP deshalb einerseits auf Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz und andererseits auf eine bessere Nutzung der Wasserkraft. Die BDP fordert dazu einen Generationenvertrag mit Umweltverbänden, Landschaftsschützern und gewissen Teilen der Politik, damit die Potenziale der erneuerbaren Energien und insbesondere der Wasserkraft besser genutzt werden können. Gleichzeitig fordert sie eine Anpassung der Gesetze, insbesondere zur Beschleunigung der Bewilligungsverfahren und zur Einschränkung der «Verhinderungsmechanismen». Gleiches gelte für andere erneuerbare Energien wie zum Beispiel Solarenergie oder Windkraft. (M.A. nach BDP, Medienmitteilung, 26. März, und Positionspapier Energie, 20. März 2011)

## Fessenheim-Abschaltung fordern Basel-Stadt, Basel-Landschaft...

**Die Regierungen der Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft verlangen von den französischen Behörden und der Betreiberin Electricité de France (EDF) eine sofortige vorübergehende Abschaltung des französischen Kernkraftwerks Fessenheim, «bis eine intensive Kontrolle unter Einbezug der Ergebnisse aus den Ereignissen in Japan durchgeführt worden ist».**

Eine entsprechende Forderung zur Abschaltung und sofortigen vorübergehenden Stilllegung des 35 Kilometer nördlich von Basel entfernten Kernkraftwerks Fessenheim deponierte Guy Morin, Regierungspräsident von Basel-Stadt, am 1. April 2011 anlässlich eines Geschäftstreffens mit Philippe Richert, dem Präsidenten des Conseil régional d'Alsace.

Mit einem gemeinsamen Brief an den Bundesrat möchten die beiden Kantonsregierungen zudem sicherstellen, dass beim geplanten Treffen von Bundesrätin Doris Leuthard, Leiterin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek), mit der französischen Ministre de l'écologie, du développement durable, des transports et du logement, Nathalie Kosciusko-Morizet, auch die Risiken von Fessenheim besprochen werden und die Forderungen der Regierungsräte nach einer Abschaltung des Kernkraftwerks den französischen Behörden überbracht werden.

### **Bedenken wegen Erdbebensicherheit**

Nach Meinung der beiden Basel stellt Fessenheim eine ernsthafte Bedrohung für die regionale Bevölkerung dar. Eine Expertise der Kantone Basel-Stadt und Jura aus dem Jahre 2007 sei zum Schluss gekommen, dass die in Frankreich angewandte Richtlinie zur Ermittlung der Erdbebengefährdung für Kernanlagen nicht dem Stand der gegenwärtigen Kenntnisse und Praxis entsprechen würde

und dass die bei einem starken Erdbeben auftretenden Kräfte signifikant unterschätzt würden. «Die Anlage ist veraltet und dürfte gemäss Experten einem starken Erdbeben nicht standhalten», machen sie geltend.

Das Verwaltungsgericht in Strassburg hatte die Klage des Trinationalen Atomschutzverbands (Tras) auf sofortige Stilllegung von Fessenheim am 9. März 2011 abgewiesen (E-Bulletin vom 21. März 2011). (M.A. nach Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Medienmitteilung, 22. März 2011)

## ... sowie auch der Jura

**Die Regierung des Kantons Jura verlangt – wie bereits die Regierungen der beiden Halbkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt – die sofortige Abschaltung des französischen Kernkraftwerks Fessenheim. Sie hat sich am 30. März 2011 der Forderung der beiden Basel angeschlossen.**

Die gemeinsame Forderung der drei Regierungen wurde dem Präsidenten des Conseil régional d'Alsace, Philippe Richert, am 1. April 2011 übergeben. Der Antrag verlangt von den französischen Behörden und der Betreiberin Electricité de France (EDF) die vorläufige Abschaltung von Fessenheim, damit das Kernkraftwerk einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden könne, welche die aus den Ereignissen in Japan zu ziehenden Lehren mit einbezieht. Damit solle die Sicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung gewährleistet werden, die durch Unsicherheiten hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit gegen Erdbeben und durch das Alter der Anlage in Frage gestellt sei, teilte die Regierung mit. Fessenheim liege in einem erdbebengefährdeten Gebiet, das etwa 60 km in Luftlinie vom Kanton Jura entfernt ist.

Die Regierung werde ausserdem Bundesrätin Doris Leuthard, Leiterin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und

Kommunikation (Uvek), bitten, das Begehren zusammen mit demjenigen der beiden Basel beim nächsten Ministertreffen zwischen Frankreich und der Schweiz weiterzuleiten.

Das Verwaltungsgericht in Strassburg hatte die Klage des Trinationalen Atomschutzverbands (Tras) auf sofortige Stilllegung von Fessenheim am 9. März 2011 abgewiesen (E-Bulletin vom 21. März 2011). (M.A. nach Kanton Jura, Medienmitteilung, 30. März 2011)

## Obama bekennt sich weiterhin zur Kernenergie

**Am 30. März 2011 hat der amerikanische Präsident Barack Obama in einer Rede an der Georgetown University in Washington DC seine Vision zur Energieversorgungssicherheit in den USA dargelegt. Schwerpunkt ist die Verringerung der Abhängigkeit von Ölimporten. Obama sprach sich für Investitionen in erneuerbare Ressourcen und alternative Kraftstoffe aus. Trotz der Tragödie in Japan könne auf die Kernenergie nicht verzichtet werden, erklärte er vor über 1000 Studierenden, Dozenten und Mitarbeitern der Universität sowie Energieexperten.**



Barack Obama: «Wir können die Kernenergie nicht einfach vom Tisch wischen.»

Foto: Georgetown University

Obama kündigte an, die Ölimporte bis 2020 um einen Drittel reduzieren zu wollen. «Heute gebe ich ein neues Ziel bekannt – eines, das vernünftig, erreichbar und notwendig ist», sagte Obama. «Als ich in dieses Amt gewählt wurde, importierten die USA 11 Mio. Barrel Öl pro Tag. In etwas mehr als einem Jahrzehnt werden wir dies um einen Drittel verringert haben», so Obama.

### Verringerung der Abhängigkeit

Um dieses Ziel zu erreichen, müsse einerseits mehr Öl und Erdgas im Inland gefördert werden und andererseits die Öl-Abhängigkeit durch Biokraftstoffe und mehr Effizienz ersetzt werden. Die USA könnten es sich nicht leisten, ihren langfristigen Wohlstand und ihre langjährige Sicherheit auf eine Ressource beruhen zu lassen, die letztendlich ausgehen werde.

### Kernenergie nötig

Obama erinnerte daran, dass der Atomstromanteil des Landes etwa 20% betrage. Es sei wichtig anzuerkennen, dass Kernkraftwerke kein CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre ausstossen. Sie könnten, sofern sie sicher betrieben würden, erheblich zum Klimaschutz beitragen. «Ich bin fest entschlossen, zu gewährleisten, dass sie sicher sind», erklärte Obama. In Anbetracht dessen, was in Japan geschehe, habe er die Nuclear Regulatory Commission (NRC) beauftragt, eine umfassende Sicherheitsüberprüfung aller in Betrieb stehender Kernkraftwerke der USA durchzuführen. Die Schlussfolgerungen der NRC und die Lehren aus Japan würden bei der Auslegung und dem Bau neuer Kernkraftwerke übernommen. «Wir können die Kernenergie nicht einfach vom Tisch wischen», stellte Obama klar. (M.A. nach Barack Obama, Redetext, sowie Georgetown University, Medienmitteilung und Videoübertragung, 30. März 2011)



## USA: amerikanische Kernkraftwerke sind sicher

Im Rahmen einer mündlichen Aussprache vor dem Subcommittee on Energy and Water Development hat der amerikanische Energy Secretary Steven Chu zu den Ereignissen in Japan Stellung genommen. Die USA würden daraus ihre Lehren ziehen, versicherte er.

Die amerikanische Bevölkerung solle volles Vertrauen in die strengen Sicherheitsvorschriften für Kernkraftwerke haben, die in den USA angewendet werden, sagte Chu. Die Vorschriften stellten sicher, dass der Nuklearstrom in den USA sicher und verantwortungsvoll erzeugt werde. Laut Chu werden die USA aus den Ereignissen in Japan ihre Lehren ziehen.

«Die Sicherheit steht weiterhin an oberster Stelle unserer Bemühungen, die Energieressourcen in den USA verantwortungsvoll zu entwickeln», erklärte Chu. Um den Energiebedarf des Landes zu decken, sei weiterhin ein ausgewogener Energiemix aus erneuerbaren Energien, Erdgas, sauberer Kohle und Kernenergie nötig. (M.A. nach Department of Energy, Medienmitteilung, 15. März 2011)

## Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke ausgesetzt

**Aufgrund der Ereignisse in Japan wird die erst kürzlich beschlossene Verlängerung der Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke für drei Monate ausgesetzt. Dies hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Beisein von Vizekanzler Guido Westerwelle am 14. März 2011 bekannt gegeben. Mit den Ministerpräsidenten der Länder, in denen Kernkraftwerke am Netz sind, hat die Regierung einen Tag darauf vereinbart, diejenigen Einheiten während des Moratoriums abzustellen, die vor Ende 1980 den Betrieb aufgenommen haben.**



Bundeskanzlerin Angela Merkel während einer Pressekonferenz nach dem Gespräch mit Ministerpräsidenten der Länder, die Kernkraftwerke in Betrieb haben.

Foto: Guido Bergmann

Die Sicherheit aller deutschen Kernkraftwerke soll einer vorbehaltlosen Analyse unterzogen werden (siehe Rubrik «Sicherheit, Strahlenschutz»). Für drei Monate will die deutsche Regierung dafür die kürzlich beschlossene Laufzeitverlängerung aussetzen. «Wir wollen diese drei Monate nutzen, um mit einer unabhängigen Expertenkommission, die zusammen mit der Bundesregierung arbeitet, noch einmal eine neue Risikoanalyse aller deutschen Kernkraftwerke auf Grundlage der neuen Erkenntnisse vorzunehmen, die wir aus Japan erhalten haben», erklärte Westerwelle. Er versicherte weiter, dass weder die Energieversorgung noch die Staatsfinanzen durch das dreimonatige Moratorium «tangiert, geschweige denn gefährdet» würden (siehe Rubrik «Stellungnahmen, Meinungsumfragen»).

## Sieben Kernkraftwerkseinheiten vorübergehend abstellen

Angesichts der Sicherheitsüberprüfung aller Kernkraftwerke werden die Kernkraftwerkseinheiten, die vor Ende 1980 in Betrieb gegangen sind, während des Moratoriums vom Netz genommen, während die Blöcke, die nach Ende 1980 in Betrieb gegangen sind,

während der Sicherheitsüberprüfung weiterlaufen dürfen, erläuterte Merkel. Von der Abschaltung betroffen sind demnach Biblis-A und -B, Brunsbüttel, Isar-1, Neckarwestheim-1, Philippsburg-1 und Unterweser.

#### «Energiewende» beschleunigen

Merkel kündigte zudem an, den kürzlich mit dem Energiekonzept 2050 eingeschlagenen Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien weiter zu forcieren. Die Konzeption der Kernenergie als Brückentechnologie habe von vornherein erkennen lassen, dass der Ausstieg komme. Ein überstürztes Abschalten der deutschen Kraftwerke bei gleichzeitigem Einkauf ausländischen Atomstroms könne aber auch jetzt nicht die Antwort auf die Katastrophe sein, so Merkel. (M.A. nach deutscher Bundesregierung, Medienmitteilungen und Pressestatements, 14. und 15. März 2011)

#### «Stresstest» für Kernkraftwerke in der EU beschlossen

**Als Reaktion zum Erdbeben und Tsunami in Japan müssen sich alle europäischen Kernkraftwerke einer Sicherheitsprüfung unterziehen. Darauf haben sich die EU-Energieminister bei einem Treffen mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger am 15. März 2011 in Brüssel geeinigt.**

Oettinger kündigte eine Neubewertung aller Risiken der Anlagen bei Naturkatastrophen wie Erdbeben, Hochwasser oder auch einem Terrorangriff an. Überprüft werden unter anderem die Kühl- und Notstromsysteme. Der Kernkraftwerksstandort und das Alter der Anlage würden in Betracht gezogen. Bis Juni 2011 sollen die Kriterien der Stresstests feststehen. In der zweiten Jahreshälfte sollen die Prüfungen abgeschlossen sein.



EU-Energiekommissar Günther Oettinger mahnt zur Geduld, da noch nicht alle Fakten zu den Ereignissen in Japan vorliegen: «Es wäre falsch, vorilige Schlüsse über die Sicherheit von Kernkraftwerken in Europa zu ziehen.»

Foto: Europäische Union

#### Oettinger: Keine Bewegung bei EU-Atomkurs

In einer ausserordentlichen Sitzung mit dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EU-Parlaments sagte Oettinger, er sehe keine Ausstiegsdebatte in der EU. Es habe bei den Energieministern in dieser Frage «keine Bewegung» gegeben. Frankreich, Italien und Grossbritannien machten beispielsweise keine Anzeichen, den Atomkurs zu ändern. «Die Ausstiegsdebatte beschränkt sich auf den deutschsprachigen Bereich», so Oettinger im EU-Parlament. Die EU-Parlamentarier Alejo Vidal (Spanien), Giles Chichester (Grossbritannien) und Edit Herczog (Ungarn) warnten vor einer Überreaktion. Europa solle nicht in Panik geraten und zuerst alle Einzelheiten der Ereignisse in Japan korrekt einbeziehen, bevor langfristige Entscheide zur Energiezukunft getroffen würden. (M.A. nach Europäisches Parlament und Euractiv, Medienmitteilungen, 15. März 2011)

## EU-Kommission nimmt Vorschlag zur Euratom-Budget- verlängerung an

**Die EU-Kommission hat am 7. März 2011 einen Vorschlag zur Verlängerung der Finanzierung des Euratom-Rahmenprogramms 2007–2011 bis 2013 angenommen, mit dem die Nuklearforschung unterstützt wird.**

Die Budgetverlängerung ist ein formal notwendiger Schritt, um die Laufzeit des Euratom-Rahmenprogramms der siebenjährigen Laufzeit des übergreifenden Siebten EU-Forschungsrahmenprogramms (RP7) anzupassen, das bis 2013 läuft. Der Vorschlag beinhaltet keine Änderung der Politik, hält die EU-Kommission in ihrer Medienmitteilung fest. Die EU-Organe hätten bei der Lancierung beider Programme im Jahr 2007 diesen Verlängerungsvorschlag bereits eingeplant. Der Vorschlag wurde am 8. März 2011 dem EU-Rat vorgelegt, der vor Jahresende darüber beschliessen dürfte. Mit der Verabschiedung durch den EU-Rat könnten die laufenden Euratom-Forschungsarbeiten weitergehen. Sie dienen unter anderem der Erhöhung der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz, so die EU-Kommission.

Máire Geoghegan-Quinn, EU-Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, erklärte: «Die Euratom-Forschung leistet seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zu Sicherheit, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit im Nuklearbereich. Dank dem heute vorgelegten Vorschlag kann dies weitergehen. Einige Mitgliedstaaten setzen die Kernenergie als Energietechnologie ein, andere nicht. Diese Entscheidung ist nach wie vor ihre Sache.»

### Budget von insgesamt 2,5 Mrd. Euro

Das vorgesehene Budget von EUR 2,5 Mrd. (CHF 3,2 Mrd.) für die Jahre 2012 und 2013 umfasst etwas mehr als EUR 2,2 Mrd. (CHF 2,9 Mrd.) für die Kernfusionsforschung, bei welcher der Schwerpunkt im Wesentlichen auf dem Bau des Internationalen Thermo-

nuklearen Experimentalreaktors (Iter) in Frankreich liegt. Für die Forschungsprojekte in den Bereichen Kernspaltung und Strahlenschutz werden EUR 118 Mio. (CHF 153 Mio.) bereitgestellt. Die Nuklearforschung und die Arbeiten zur Gewährleistung der kerntechnischen Sicherheit in der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission (JRC) werden mit EUR 233 Mio. (CHF 290 Mio.) unterstützt.

### Iter-Zusatzbudget vorbehalten

In den für die Kernfusion vorgesehenen EUR 2,2 Mrd. (CHF 2,9 Mrd.) sind EUR 1,3 Mrd. (CHF 1,7 Mrd.) enthalten, die voraussichtlich in den Jahren 2012/13 zusätzlich zur ursprünglich geplanten Zuweisung an den Iter erforderlich sein werden. Der heutige Vorschlag berührt jedoch nicht die finanziellen Grundlagen des Iter, denn für die Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel ist eine eigene Übereinkunft zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament erforderlich. Die Kommission schlug im Juli 2010 vor, nur einen Drittel der für den Iter zusätzlich notwendigen Mittel durch die Umverteilung von Mitteln des RP7 zu finanzieren und



EU-Kommissarin Máire Geoghegan-Quinn: «Die Euratom-Forschung leistet seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag zu Sicherheit, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit im Nuklearbereich. Dank dem heute vorgelegten Vorschlag kann dies weitergehen.»

Foto: Europäische Union

die anderen beiden Drittel aus nicht verwendeten Haushaltsmitteln aufzubringen (E-Bulletin vom 23. Juli 2010). Der Rat und das Europäische Parlament müssen über diesen Vorschlag noch beschliessen. (M.A. nach Europäische Kommission, Medienmitteilung, 7. März 2011)

### Italien hat Neubaupläne aufgeschoben

**Die italienische Regierung hat die Umsetzung ihrer Pläne für den Bau neuer Kernkraftwerke für ein Jahr auf Eis gelegt. Mitte 2009 hatte das italienische Parlament den vor über 20 Jahren beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig gemacht. Seither arbeitete die Regierung am Wiedereinstieg.**

Das italienische Kabinett hat am 23. März 2011 bestätigt, dass die Regierung ein einjähriges Moratorium für ihr Kernkraftwerks-Neubauprogramm beschlossen hat. Italien reagiert damit auf die aktuellen Geschehnisse im japanischen Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi, das aufgrund der Auswirkungen des schweren Erdbebens mit Tsunami am 11. März stark beschädigt wurde. Vom Moratorium nicht betroffen sind laufende Verfahren für den Bau eines Lagers für radioaktive Abfälle, teilt der Ministerrat mit. (M.B. nach italienischem Ministerrat, Mitteilung, 23. März 2011)

### BKW offen für «weiterentwickelte» Kernenergie

**Die BKW FMB Energie AG (BKW) hat vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Japan eine erste Standortbestimmung zur Sicherheit des Kernkraftwerks Mühleberg (KKM) vorgenommen. Sie will ihre Unternehmensstrategie überprüfen und hat dazu einen breiten und sachlich**

**offenen Prozess eingeleitet. Die BKW ist für alle sicheren, umweltfreundlichen und wirtschaftlichen Technologien zur Stromproduktion zugänglich. Ein politisch motiviertes vorzeitiges Abschalten des KKM jedoch würde der Umwelt schaden und hätte schwer abschätzbare Auswirkungen auf den Strompreis.**

Am 31. März 2011 traten BKW-Verwaltungsratspräsident Urs Gasche und Kurt Rohrbach, Vorsitzender der Unternehmensleitung, vor die Medien, um die Bevölkerung angesichts der Ereignisse in Japan über die aktuelle Standortbestimmung der BKW in Bezug auf die Sicherheit des KKM und über künftige Herausforderungen bei der Stromversorgung zu informieren. Urs Gasche wies auf die Grundhaltung der BKW hin, wonach die Sicherheit im KKM absolute Priorität hat. Der Grundsatz «safety first» gelte in allen Belangen, «und zwar mit Null Toleranz», so Gasche. Die BKW unterstütze die entsprechenden Anstrengungen der Sicherheitsbehörden und habe aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen über die Ereignisse im japanischen Kernkraftwerk Fukushima-Daiichi erste Massnahmen eingeleitet, um die schon heute hohe Sicherheit des KKM weiter zu verbessern. Kurt Rohrbach nahm für die BKW in Anspruch, dass sie sich den Fragen der Sicherheit «nicht erst seit Fukushima sehr intensiv widmet». Er wies darauf hin, «dass das Reaktorgebäude des KKM und das sogenannte SUSAN-Gebäude – also jene Gebäude, die für die Beherrschung eines Störfalles notwendig sind – einem Beben der Stärke 7 standhalten». Den Nachweis dafür habe die BKW Ende 2010 beim Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) eingereicht, das diesen Bericht zurzeit begutachte. Weiter habe die BKW laut Rohrbach am 31. März dem Ensi ihre Stellungnahme zum Beschluss vom 18. März eingereicht. Diese Verfügung verlangt die Überprüfung und nachfolgend die allfällige Behebung von Defiziten bei der Erdbebensicherheit, die Dezentralisierung der Einsatzmittel sowie eine separate Kühlung der Brennelementbecken. Nach der Stellungnahme der BKW sei nun laut Rohrbach das Ensi am Zug. →



### Überprüfung der Unternehmensstrategie

Eine zweite Konsequenz des Unglücks in Japan ist laut Gasche die Überprüfung der Unternehmensstrategie. Dabei ginge es «nicht um überhasteten Aktivismus, wie er verbal mitunter die aktuelle Diskussion prägt». Die BKW will sich bei einer Anpassung der Strategie weiter an das in der Bundesverfassung verankerte Ziel der sicheren, umweltfreundlichen und wirtschaftlichen Stromversorgung halten und möglichst auf inländische Produktion setzen. Bisher habe sich die BKW im Rahmen einer möglichst CO<sub>2</sub>-freien Stromproduktion für den Ersatz des in absehbarer Zeit vom Netz gehenden KKM eingesetzt. Gasche begrüsst die Sistierung der Rahmenbewilligungsgesuche durch Bundesrätin Doris Leuthard. Nun sei eine umfassende gesellschaftspolitische Diskussion angesagt, und die BKW werde die Behörden nach Kräften in ihrer Arbeit unterstützen.

Bei der Überprüfung der Unternehmensstrategie wolle die BKW abschätzen, «inwiefern die bisher wegen Widerständen aller Art eingeschränkten Optionen im Gefolge der Geschehnisse in Japan mehr Potenzial bekommen». Dabei stünden die Energieeffizienz sowie Projekte im Bereich der neuen erneuerbaren Energien und der Wasserkraft im Vordergrund. Solche Projekte sind in der Vergangenheit auf vermehrten Widerstand von Umweltschutzverbänden gestossen, wie das Beispiel der geplanten Erhöhung der Grimsel-Staumauer zeige. Laut Gasche sind die Gegner des Ausbaus der Grimselkraftwerke oder des Leitungsprojektes Wattenwil-Mühleberg auch nach den Ereignissen in Japan bisher nicht von ihrer Haltung abgewichen. Weiter gelte es herauszufinden, ob in Anbetracht der Klimapolitik die Akzeptanz von Gaskraftwerken steigen würde.

### Kernenergie nicht vom Tisch

Gasche und Rohrbach betonten, dass eine sofortige Ausserbetriebnahme des KKM immense volkswirtschaftliche und ökologische Auswirkungen hätte. «Mühleberg ist unbestritten der wichtigste Pfeiler der Stromver-

sorgung im Kanton Bern», so Rohrbach. Für einen kurzfristigen Ersatz des Stroms aus dem KKM käme nur der Import in Frage. Da der Strom aus der EU zur grossen Mehrheit aus fossil produziertem Strom bestehe, hätte dies negative Auswirkungen auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Schweiz. Eine neue Prioritätensetzung muss laut Rohrbach bewusst geschehen. Der Verzicht auf Kernenergie würde ausserdem einen nicht abschätzbaren Einfluss auf den Strompreis haben. Solle das KKM mittelfristig mit inländischen, nicht-nuklearen Kraftwerken ersetzt werden, müssten laut Rohrbach die Rahmenbedingungen wie beispielsweise das Gewässerschutz- oder das CO<sub>2</sub>-Gesetz angepasst werden, da sonst kein Zubau möglich sei. Gasche zeigte sich in Anbetracht der aktuellen Herausforderungen «offen für den Einbezug neuer, dereinst bereitstehender, weiterentwickelter oder neuer Technologien». Dazu zähle er auch die Kernenergie mit aufgrund der Erkenntnisse aus Japan weiterentwickelter Sicherheit. (M.Re. nach BKW, Medienorientierung, 31. März 2011)

### Deutschland: Moratorium führt zu Stromimport und höheren Preisen

**Die Stromeinfuhr aus Frankreich und der Tschechischen Republik hat sich seit dem Beschluss der deutschen Regierung von Mitte März 2011, die sieben ältesten Kernkraftwerkseinheiten im Rahmen eines dreimonatigen Moratoriums vorübergehend abzuschalten, verdoppelt. Dies zeigt die neueste Analyse des deutschen Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) vom 2. April 2011. Seit dem 17. März importierte Deutschland demnach täglich rund 50 GWh mehr als es exportierte.**

Während in der ersten Märzhälfte noch ein in Deutschland saisonal üblicher Exportüberschuss bestand, entwickelte sich die Situation mit dem Herunterfahren der Kern-



Hildegard Müller, Vorsitzende des BDEW, fordert von der Bundesregierung, die Zeit des Moratoriums zu nutzen, um «einen Konsens zwischen den Parteien, zwischen Bund und Ländern, gesellschaftlichen Gruppen und natürlich auch mit der Energiewirtschaft zu diskutieren».

Foto: BDEW

kraftwerke entgegengesetzt (siehe Rubrik «Politik»). Laut einer Analyse der BDEW ergibt sich seit dem 17. März 2011 ein Einfuhrüberschuss: Die Stromflüsse aus Frankreich und Tschechien haben sich verdoppelt, die Stromflüsse in die Niederlande und die Schweiz dagegen halbiert. In den ersten 20 Tagen seit dem Moratorium seien die ausgefallenen Strommengen überwiegend durch einen Anstieg des Importsaldos ausgeglichen worden, erklärte BDEW-Vorsitzende Hildegard Müller zu den Änderungen beim Stromaustausch.

Zugleich führte die Abschaltung der sieben Kernkraftwerkseinheiten an den Grosshandelsmärkten zu steigenden Preisen bei allen gehandelten Produkten. Laut BDEW stiegen die Preise an der Strombörse in Leipzig im Schnitt um rund 12%. (M.A. nach BDEW, Analyse März 2011: Stromerzeugung, Stromaustausch, Preise, und Medienmitteilung, 2. April 2011)

## US-Bürger halten ihre Kernkraftwerke für sicher

**Eine Mehrheit der US-Bürger ist der Meinung, dass die amerikanischen Kernkraftwerke auch nach dem Reaktorunfall in Japan sicher sind. Dies bestätigt eine Ende März 2011 durchgeführte Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Gallup.**

Die für die Gallup-Umfrage verwendeten 527 telefonischen Interviews wurden vom 25. bis 27. März 2011 durchgeführt. 58% der Befragten hielten demnach die amerikanischen Kernkraftwerke für sicher. Demgegenüber waren 36% der Meinung, die Anlagen seien nicht sicher. Die Gallup hatte bereits im Jahr 2009 eine ähnliche Umfrage durchgeführt, jedoch den Standort der Kernkraftwerke nicht spezifiziert. Damals hielten 56% der Befragten Kernkraftwerke im Allgemeinen für sicher – fast gleich viele wie nach dem Reaktorunfall in Japan.

Den Zubau von Kernkraftwerken zur Lösung der gegenwärtigen Energieprobleme befürworteten 46% der Befragten. 48% hingegen waren der Meinung, die Risiken der Kernenergie seien für einen Ausbau zu gross. 6% hatten keine Meinung. Diese Frage wurde erstmals im Jahr 2001 bei einer Gallup-Umfrage gestellt. Damals befürworteten 49% den Ausbau, 46% waren dagegen. Diese Resultate zeigen, so die Gallup in ihrer Medienmitteilung, dass sich die Unterstützung für die Kernenergie trotz den Vorkommnissen in Japan in den letzten zehn Jahren nicht gross verändert habe. (D.S. nach Gallup, Medienmitteilung, 4. April 2011)

## Solider Rahmen für Kernenergieeinführung in Polen

**Polen verfügt über einen gut strukturierten Plan zur Einführung eines Kernenergieprogramms, einschliesslich institutioneller und rechtlicher Rahmenbe-**

**dingungen für die nukleare Regulierung und die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Dies sind die Schlussfolgerungen der Länderstudie «Energy Policies of IEA Countries – Poland 2011 Review», welche die Internationale Energieagentur (IEA) am 2. März 2011 in Warschau vorgestellt hat.**

Polen habe in den letzten Jahren beeindruckende Anstrengungen unternommen, um solide energiepolitische Rahmenbedingungen zu entwickeln, erklärte IEA-Exekutivdirektor Nobuo Tanaka anlässlich der Vorstellung der Länderstudie. Tanaka lobte die kürzlich von der polnischen Regierung lancierte energiepolitische Strategie 2030 (EPP 2030): «Eine rechtzeitige Umsetzung der EPP 2030, einschliesslich des Aktionsplans für die Jahre 2009–2012, wird ein solides Fundament für eine saubere, kluge und wettbewerbsfähige Energieversorgung in Polen schaffen.»

#### Mit Kernenergie Mix ausweiten

Die IEA begrüsst die Bemühungen Polens, den Energiemix zu diversifizieren. Derzeit dominiert die Kohle. Sie deckt 55% der Primärenergieversorgung und über 90% der Stromerzeugung. Polens ehrgeiziges Kernenergieprogramm sieht den Bau von mindestens drei Kernkraftwerkseinheiten bis 2030 vor. Die erste soll bis 2022 den Betrieb aufnehmen. Polen hat bereits Zusammenarbeitsabkommen mit mehreren Ländern abgeschlossen, so mit Frankreich, Japan, Südkorea und den USA. «Die Regierung hat einen gut strukturierten Plan zur Einführung eines Kernenergieprogramms einschliesslich institutioneller und rechtlicher Rahmenbedingungen für die nukleare Regulierung und die Entsorgung radioaktiver Abfälle vorbereitet», stellte Tanaka fest. Weitere Erfolge waren die Verbesserung der Energieintensität, eine Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien und eine stärkere Konzentration auf Forschung und Entwicklung im Energiebereich.

Die Länderstudie erwähnte auch Polens zukunftsorientierte Führungsrolle bei sauberen Kohletechnologien wie der Kohlenstoffrück-

haltung (CCS). Während die Wirtschaftlichkeit der CCS in diesem Stadium noch ungewiss sei, sei es trotzdem wichtig, Forschungs-, Pilot- und Demonstrationsprojekte in diesem Bereich fortzusetzen, so der Bericht.

#### Verbesserungspotenzial

Trotz dieser Erfolge seien Verbesserungen in der polnischen Energiestrategie anzustreben, stellt die Studie fest. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen hätten sich zwar in den letzten 20 Jahren verringert, doch seien sie immer noch viel höher als der Durchschnitt der europäischen IEA-Mitgliedsländer. Laut Regierungsprognosen würden die CO<sub>2</sub>-Emissionen ab 2020 wieder zunehmen. Die IEA empfiehlt Polen, den Klimawandel prioritär anzugehen und die richtungsweisenden Entscheide zu treffen, um die Treibhausgasemissionen zu stabilisieren.

Polen wird zudem ermutigt, sich für mehr Wettbewerb auf dem Gas- und Strommarkt einzusetzen. «Gut funktionierende Märkte untermauern die Energieversorgungssicherheit und ermöglichen eine höhere Effizienz sowie Servicequalität für die Verbraucher.» Tanaka forderte die Regierung auf, einen integrierten Ansatz zur Energie- und Klima-



IEA-Exekutivdirektor Nobuo Tanaka: «Polen hat in den letzten Jahren beeindruckende Anstrengungen unternommen, um solide energiepolitische Rahmenbedingungen zu entwickeln.»

Foto: World Economic Forum

politik zu entwickeln und die Energieeffizienz zu einem noch wichtigeren Bestandteil dieser Politik zu machen. (M.A. nach IEA, Medienmitteilung, 2. März 2011)

## IAEO: Sicherheit der Kernenergie im Fokus

**Die Anforderungen an die Sicherheit der Kernkraftwerke müssen mit Blick auf den Reaktorunfall in Japan verstärkt werden. So kann das Risiko für künftige Unfälle signifikant reduziert werden, ist sich der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Yukiya Amano, in seiner Eröffnungsrede zur Konferenz über die nukleare Sicherheitskonvention sicher.**

Am Fifth Review Meeting der Convention on Nuclear Safety vom 4. bis 14. April 2011 in Wien nehmen Vertreter aller 73 Staaten teil, die das internationale Übereinkommen über nukleare Sicherheit (Convention of Vienna on Nuclear Safety 1994) ratifiziert haben.



Das Fifth Review Meeting der Convention on Nuclear Safety bietet eine erste Möglichkeit, Erfahrungen aus dem Reaktorunfall in Japan zu teilen und mögliche Konsequenzen für die Sicherheit der Kernkraftwerke zu diskutieren.

Foto: IAEO/Dean Calma

Ziel des Übereinkommens ist, in den Unterzeichnerstaaten ein hohes Mass an nuklearer Sicherheit zu erreichen und zu erhalten, um Mensch und Umwelt vor Strahlenschäden zu schützen und Unfälle in Kernkraftwerken mit Austritt von Radioaktivität zu vermeiden. An der alle drei Jahre stattfindenden Konferenz wird die Erfüllung des Übereinkommens in den Vertragsstaaten überprüft.

Amano betont in seiner Eröffnungsrede, dass die Konferenz eine erste Möglichkeit biete, Erfahrungen aus dem Reaktorunfall in Japan zu teilen und mögliche Konsequenzen für die Sicherheit der Kernkraftwerke zu diskutieren. Für Amano haben die Vorkommnisse in Fukushima-Daiichi enorme Auswirkungen auf die Kernenergie. «Rigoreose Einhaltung der strengen internationalen Sicherheitsrichtlinien sowie volle Transparenz – in guten wie in schlechten Zeiten – sind entscheidend, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Kernenergie wieder herzustellen und zu erhalten», ist sich der IAEO-Vorsitzende sicher. (D.S. nach IAEO, Staff Report, 4. April, und NucNet, 5. April 2011)

## Geologische Tiefenlager: keine Sondierbohrungen in Etappe 2

**Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) hält den geologischen Kenntnisstand der Nagra für ausreichend, um die Sicherheit der potenziellen Standortgebiete für geologische Tiefenlager zu beurteilen und zu vergleichen. Daher sind laut Ensi in Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager keine Sondierbohrungen nötig.**

Im Herbst 2011 endet die erste Etappe des Sachplans geologische Tiefenlager mit dem Entscheid des Bundesrats über die Festlegung der sechs von der Nagra vorgeschlagenen Standortgebiete. In Etappe 2 muss die Nagra mindestens je zwei Standorte für ein Lager für hochaktive Abfälle (HAA) und ein Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle (SMA) vorschlagen. Laut Ensi verfügt die



Nagra dafür über ausreichende Kenntnisse, sobald sie die begonnenen und geplanten Untersuchungen abgeschlossen und die vom Ensi schon geforderten Ergänzungen erbracht hat. Zu diesem Schluss kommt das Ensi in seiner Stellungnahme vom 28. März 2011 zum Bericht der Nagra von November 2010. Demnach sind für Etappe 2 auch «keine im Sinne des Kernenergiegesetzes bewilligungspflichtigen erdwissenschaftlichen Untersuchungen (beispielsweise Sondierbohrungen) erforderlich». Die zweite Etappe des Verfahrens wird voraussichtlich vom Herbst 2011 bis 2015/16 dauern. Dabei stehen die Partizipation, also die Mitwirkung der Regionen, sowie sicherheitstechnische Analysen und Vergleiche der Standorte im Vordergrund. (M.Re. nach BFE, Medienmitteilung, 28. März 2011)

## Schweden: Baueingaben für Tiefenlager

**Die schwedische Entsorgungsgesellschaft Svensk Kärnbränslehantering AB (SKB) hat im Hinblick auf den Bau des ersten geologischen Tiefenlagers für ausgediente Brennelemente Gesuche um die Bewilligung einer Verpackungsanlage sowie des Tiefenlagers eingereicht.**

Nach Angaben der SKB werden nun die zuständigen Behörden – die Strålsäkerhetsmyndigheten und ein Umweltgericht – die Gesuche prüfen. Anschliessend sollen sie den betroffenen Gemeinden vorgelegt werden. Die SKB plant zum einen den Bau einer Konditionierungsanlage am Standort Oskarshamn. Hier werden die ausgedienten Brennelemente für die Tiefenlagerung vorbereitet. Auf dem Gelände befindet sich heute unter anderem das seit 1985 in Betrieb stehende unterirdische Zwischenlager für ausgedienten Kernbrennstoff, das Clab. Das Tiefenlager, dessen Stollen in einer Tiefe von knapp 500 m zu liegen kommen, soll hingegen in Forsmark errichtet werden. Die SKB hatte sich im Juni 2009 für diesen Standort ausge-

sprochen (Bulletin 6/2009). In Forsmark wie in Oskarshamn stehen je drei der zehn Kernkraftwerksblöcke Schwedens in Betrieb. (M.B. nach SKB, Pressemitteilung, 17. März 2011)

## Südkorea: Shin-Kori-1 in Betrieb

**Laut dem Korea Institute of Nuclear Safety (KINS) hat die Kernkraftwerkseinheit Shin-Kori-1 nach einer knapp fünf Jahre dauernden Bauzeit am 28. Februar 2011 den kommerziellen Betrieb aufgenommen.**

Shin-Kori-1 ist eine Druckwasserreaktor-einheit des Typs OPR-1000 (Optimized Power Reactor, früher als KSNP bzw. KSNP+, Korean Standard Nuclear Power Plant, bezeichnet). Die Betreiberin ist die Korea Hydro & Nuclear Power Company Ltd. (KHNP). Das Land hat somit 21 Kernkraftwerkseinheiten am Netz. Der Atomstromanteil Südkoreas beträgt rund 35%.

Der Standort Shin-Kori liegt in der Nähe der Hafenstadt Busan im Südosten des Landes. Eine weitere Einheit vom Typ OPR-1000 – Shin-Kori-2 – steht seit Juni 2007 im Bau. Die Bauarbeiten für Shin-Kori-3 und -4, zwei fortgeschrittene Druckwasserreaktor-einheiten des einheimischen Typs APR1400 sind seit Oktober 2008 beziehungsweise September 2009 im Gang (Bulletin 10/2009). (M.A. nach IAEA-Pris)

## USA: ODEC zieht sich aus North-Anna-3-Projekt zurück

**Die Old Dominion Electric Cooperative (ODEC) wird sich nicht an der Entwicklung und dem Besitz einer dritten Kernkraftwerkseinheit am Standort North-Anna im amerikanischen Bundesstaat Virginia beteiligen.** →



So könnte der Standort North-Anna mit der geplanten APWR-Einheit aussehen.

Foto: Dominion

Seit 1983 hält die ODEC einen Anteil von 11,6% an den zwei in Betrieb stehenden Druckwasserreaktoreinheiten North-Anna-1 und -2 (je 903 MW). Die Dominion Virginia Power (DVP) – eine Tochtergesellschaft der Dominion – besitzt die verbleibenden 88,4% und ist für den Betrieb zuständig. Sie plant, am Standort North-Anna eine dritte Einheit des Typs US APWR (Advanced Pressurized Water Reactor) der Mitsubishi Heavy Industries (MHI) zu bauen (Bulletin 6/2010).

Der Entscheid, sich vom Neubauprojekt North-Anna-3 zurückzuziehen, werde die Abmachungen bezüglich Betrieb und Wartung von North-Anna-1 und -2 nicht beeinflussen, versicherte die ODEC am 28. Februar 2011.

«Während wir die Kernenergie als einen wichtigen Teil unseres diversifizierten Energiemix betrachten, um zuverlässigen, erschwinglichen und umweltfreundlichen Strom zu erzeugen, haben unser Verwaltungsrat und unsere Geschäftsleitung festgestellt, dass die Beteiligung an diesem Neubauprojekt nicht zu unseren langfristigen Plänen passt», erklärte Jackson E. Reasor, Präsident und CEO der ODEC. Derzeit arbeiten die ODEC und die DVP an den Rückzugsformalitäten.

### North-Anna-3 weiterhin auf Kurs

Die DVP erklärte ihrerseits, ihre Position bezüglich einer neuen Einheit am Standort North-Anna sei unverändert trotz des Entscheids der ODEC, aus dem Projekt auszuweisen. Sie habe sich noch nicht definitiv für einen Neubau entschieden, strebe aber weiterhin eine kombinierte Bau- und Betriebsbewilligung (Combined License, COL) für North-Anna-3 an. Das Gesuch hatte sie am 27. November 2007 bei der amerikanischen Nuclear Regulatory Commission (NRC) eingereicht (Bulletin 12/2007). Die Projektvorbereitungsarbeiten gingen wie geplant weiter, so die DVP weiter. (M.A. nach ODEC und DVP, Medienmitteilungen, 28. Februar 2011)

### Anforderungskatalog für Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke vorgestellt

**Die deutsche Reaktorsicherheitskommission (RSK) hat die Anforderungen für die Sicherheitsüberprüfung der deutschen Kernkraftwerke ausgearbeitet. Die Überprüfung bilde die Grundlage für die politische und gesellschaftliche Bewertung der Risiken, erklärte der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Norbert Röttgen, anlässlich einer Pressekonferenz am 31. März 2011.**

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) hatte am 17. März 2011 die RSK aufgefordert, einen Anforderungskatalog für eine Sicherheitsüberprüfung der deutschen Kernkraftwerke zu erstellen und die Ergebnisse der auf dieser Basis durchgeführten Überprüfungen zu bewerten. Dabei sollen die Erkenntnisse aus dem Unfallablauf in Japan insbesondere im Hinblick darauf berücksichtigt werden, ob die bisherigen Auslegungsgrenzen richtig definiert sind und wie robust die deutschen Kernkraftwerke gegenüber auslegungsüberschreitenden Ereignissen sind. →

Röttgen betonte, es gehe nicht darum zu prüfen, ob die deutschen Kernkraftwerke die bereits bestehenden Regeln einhielten. Dies werde von den zuständigen Aufsichtsbehörden bereits laufend geprüft. «Die Reaktorsicherheitskommission hat den Auftrag, aus den Erkenntnissen der Katastrophe in Japan die Risiken neu zu definieren und zu bewerten», erklärte er.

### Stichwortartige Liste der RSK

Die RSK hat einen vorläufigen stichwortartigen Anforderungskatalog der Themen publiziert, um die es bei der Überprüfung besonders gehen soll. Wichtig sei dabei, die besonderen Gegebenheiten eines jeden Standorts zu berücksichtigen und die Reaktoranlagen als Gesamtheit zu betrachten. Laut der RSK-Liste sind Schwerpunkte einerseits bei der Erdbebenauslegung und dem Schutz vor Hochwasser unter Berücksichtigung von Klimaeinflüssen zu setzen, andererseits bei zivilisatorisch bedingten Einflüssen wie Flugzeugabsturz, Gasfreisetzung, Unfall in einem Nachbarblock und terroristische Angriffe einschliesslich Angriffe auf rechnerbasierte Systeme. Zudem zählt die RSK als Prüfpunkte die Themen «Station Blackout», langdauernder Notstromausfall und Ausfall des Nebenkühlwassers auf. Ebenfalls überprüfen möchte die RSK die Robustheit der Vorsorgemassnahmen unter erschwerten Randbedingungen sowie die Vollständigkeit und Wirksamkeit der Notfallmassnahmen gegen Brennelementschäden (Robustheit der Instrumentierung und des Wasserstoffabbaus). Überprüft werden sollen zu jedem Thema besonders die Organisation, die verfügbaren festen und mobilen Einrichtungen, die Verlässlichkeit der Kommunikationswege und die praktische Durchführbarkeit der Notfallmassnahmen.

### Weitere Schritte

Bis Mitte Mai wird die Reaktorsicherheitskommission einen ersten Bericht vorlegen. Danach wird die Ethikkommission eine Stellungnahme über die gesellschaftliche Bewertung abgeben. Darauf aufbauend können bis Mitte Juni die notwendigen politischen

Entscheidungen getroffen werden. (M.A. nach deutscher Bundesregierung und BMU, Medienmitteilungen, 31. März, und RSK-Anforderungskatalog, 30. März 2011)

## Stellungnahme von Strahlenschutz-Fachleuten zu Japan

**Der Fachverband für Strahlenschutz e. V. (FS), eine unabhängige Vereinigung der Strahlenschutzfachleute aus Deutschland und der Schweiz, hat zum Reaktorunfall in Fukushima-Daiichi Stellung genommen. Der FS distanziert sich von teils verhältnismässigen Äusserungen über die gesundheitlichen Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die europäische Bevölkerung.**

Die Fachleute des Verbands halten in ihrer Stellungnahme fest, dass Warnungen vor radiologischen Auswirkungen für die europäische Bevölkerung unangebracht sind, da «unter keinen Umständen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung zu rechnen ist». Besonders unangemessen finden die Experten die Aufforderungen oder Empfehlungen für den Kauf oder die Einnahme von Jod-Tabletten. Sie warnen davor, dass massive Jodzufuhr für viele Bevölkerungsgruppen gesundheitsgefährdend ist.

### Flächendeckendes Frühwarnsystem

Die Fachleute erinnern daran, dass das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ein umfassendes Frühwarnsystem mit 1800 Messsonden unterhält. Damit könnten bereits geringfügige Änderungen der Umweltradioaktivität flächendeckend, schnell und zuverlässig erkannt werden. Zudem halten die Strahlenschutzfachleute die in der aktuellen Berichtserstattung beschriebenen Strahlenschäden nach hoher Strahlenexposition als irreführend und aus dem Zusammenhang gerissen.

Der FS gibt zu bedenken, dass sich Fehleinschätzungen möglicher Strahlenwirkungen in der Gesellschaft kontraproduktiv auswirken

können. Speziell genannt werden in diesem Zusammenhang die medizinischen Bereiche Radiologie und Nuklearmedizin, wo Strahlung in erheblichem Umfang in Diagnostik und Therapie Anwendung findet und grossen Nutzen für die Patienten bedeutet. (M.B. nach FS, Stellungnahme, 20. März 2011)

## Iter: Aufruf an die Schweizer Industrie

**Der Bau des Internationalen Thermonuklearen Experimentalreaktors (Iter) in Südfrankreich kommt in Schwung: An einer Informationstagung am 30. März 2011 in Bern riefen die Vertreter des Bunds, der EPF Lausanne und der europäischen Iter-Organisation Fusion for Energy (F4E) die Schweizer Industrie auf, Angebote einzureichen.**

Auf dem Bauplatz in Cadarache in der Nähe von Aix-en-Provence wird gegenwärtig die Baugrube für den Fusionsreaktor ausgehoben, und die ersten Gebäude befinden sich im Bau. Gemäss dem aktuellen Zeitplan könnten die ersten Experimente ab dem Jahr 2020 stattfinden. Iter ist ein Projekt der ange-

wandten Forschung, um die Machbarkeit von Fusionskraftwerken aus wissenschaftlich-technischer Sicht nachzuweisen. Als nächster Schritt, ab 2030, sind Demonstrationsanlagen vorgesehen, bei denen die Frage nach der Wirtschaftlichkeit im Zentrum stehen wird.

Iter ist ein weltweites Grossprojekt, das die öffentliche Hand finanziert und Privatunternehmen bauen. 2010 wurden die Baukosten auf rund EUR 15 Mrd. (CHF 20 Mrd.) geschätzt. Finanziert wird Iter zu vier Elfteln von Europa (EU einschliesslich der Schweiz über Euratom), zu zwei Elfteln von Japan, und zu je einem Elftel von China, Indien, Südkorea, Russland sowie den USA. Knapp 90% der Aufträge für Ausrüstungsteile vergeben gemäss diesem Schlüssel die Partnerländer an ihre Industrien. Dabei werden bestimmte Komponenten parallel in mehreren Ländern gefertigt, um den Know-how-Transfer an die Partner sicherzustellen.

### Grosse Auftragssummen für europäische Industrie

Nach den Angaben von Philippe Correa von der europäischen Agentur F4E in Barcelona – die für die Umsetzung des europäischen Teils des Iter-Projekts zuständig ist – sollen jährlich im Mittel Aufträge von rund EUR 400 Mio. (CHF 526 Mio.) an die Industrie in der EU und der Schweiz vergeben werden. Im kommenden Jahr könnte die Summe möglicherweise sogar deutlich höher sein.

An der Informationstagung in Bern wies Correa darauf hin, dass die EU und die Schweiz bei fast allen Lieferpaketen dabei sind. Im Prinzip werden die Aufträge im Rahmen des europäischen Lieferanteils an Iter nur an europäische Unternehmen vergeben, wobei die Regel des «best value for money» gelte. Es komme also nicht unbedingt der billigste Anbieter zum Zuge.

### Auch Aufträge an KMU

Correa betonte vor den fast hundert in Bern anwesenden Firmenvertretern, dass sich auch KMU melden sollen, damit sie als potenzielle Unterlieferanten vermittelt werden



Auch die Schweizer Industrie kann sich am Bau des Internationalen Thermonuklearen Experimentalreaktors (Iter) im südfranzösischen Cadarache beteiligen.

Foto: F4E



können. Andreas Werthmüller vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) nannte denn auch als Ziel der Tagung die Kontaktaufnahme von Schweizer Unternehmen mit den Vertretern der F4E.

Näher vorgestellt an der Informationstagung wurden Lieferpakete aus den Bereichen Robotik/Manipulatoren (Remote Handling), Instrumentierung/Leittechnik und Diagnosesysteme. Dabei wiesen die F4E-Vertreter immer wieder darauf hin, dass das für Iter aufzubauende innovative Know-how oft auch in anderen Geschäftsfeldern Anwendung finden könne. Damit verbessere sich die Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen.

Kontaktpunkt für Unternehmen sind die nationalen Industry Liaison Officers (ILO). In der Schweiz ist das Jean-René Leidner vom Centre de Recherches en Physique des Plasmas an der EPF Lausanne (jean-rene.leidner@epfl.ch; Tel. 021 693 34 08). (M.S.)

[www.iter-industry.ch](http://www.iter-industry.ch)

## SNPTC arbeitet mit der Provinz Shandong zusammen

**Die China State Nuclear Power Technology Corporation (SNPTC) hat mit der Regierung der ostchinesischen Provinz von Shandong eine strategische Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit in der Kernenergie beschlossen.**

Im Anschluss an Gespräche vom 4. März 2011 in Beijing zwischen Wang Binghua, Präsident der SNPTC, und Shandong-Gouverneur Jiang Daming unterzeichneten When Lin, stellvertretender Geschäftsführer der SNPTC, und Wang Ren Yuan, stellvertretender Gouverneur der Provinz Shandong, die Zusammenarbeitsvereinbarung.

Im Rahmen der Vereinbarung werden beide Parteien den Schwerpunkt auf die «Förderung der Eigenständigkeit» in der Entwick-



Vertreter der SNPTC und der Provinz Shandong feiern die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens.

Foto: SNPTC

lung der Kernenergie setzen. Auf der Grundlage bereits gewonnener Erfahrungen im Projekt Haiyang, wo gemeinsam zwei Kernkraftwerkseinheiten des Typs AP1000 der Westinghouse gebaut werden, wollen die SNPTC und Shandong bei Kernkraftwerksprojekten und dem Bau fortgeschrittener Druckwasserreaktoreinheiten zusammenarbeiten. Zudem soll die ganzheitliche Kooperation gestärkt und die koordinierte Entwicklung der Industrie gefördert werden.

Während die Bauarbeiten für die zwei AP1000 am Standort Haiyang weitergehen, sind dort laut SNPTC sechs weitere Kernkraftwerkseinheiten geplant. (M.A. nach SNPTC, Medienmitteilung, 7. März 2011)

## Industrielle Zusammenarbeit zwischen Areva und Rolls Royce

**Die Groupe Areva SA und die Rolls-Royce plc haben am 10. März 2011 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Inhalt der Vereinbarung ist die Herstellung von Komponenten für neue Kernkraftwerke und andere nukleare Projekte in Grossbritannien.** →

Im Beisein des britischen Minister for Trade and Investment, Lord Green, unterzeichneten Areva-CEO Anne Lauvergeon und ihr Amtskollege bei Rolls-Royce, Sir John Rose, am 10. März 2011 in London ein Abkommen über die Zusammenarbeit der beiden Unternehmen. Die Vereinbarung deckt laut Areva die Herstellung von Komponenten für neue Kernkraftwerke und andere nukleare Projekte in Grossbritannien und darüber hinaus ab. Die Areva war zuvor ausgewählt worden, die Dampferzeugungssysteme für die vier ersten Europäischen Druckwasserreaktoren (EPR) Grossbritanniens unter der Bauherrschaft der Electricité de France (EDF) herzustellen. Bei der britischen Horizon Nuclear Power hat die Areva für weitere vier Reaktoren offeriert.

Lord Green bezeichnete die Vereinbarung als «grossen Schritt für die zivile Nuklearindustrie in Grossbritannien». Die Fortschritte der verarbeitenden Industrie spielen laut Lord Green eine wichtige Rolle beim Aufbau von nachhaltigem Wirtschaftswachstum. (M.Re. nach Areva, Medienmitteilung, 10. März 2011)

### Westinghouse teilt proprietäre Informationen zum AP1000

**Die amerikanische Westinghouse Electric Company hat am 8. März 2011 mit dem spanischen Energieversorgungsunternehmen Endesa SA ein Abkommen unterzeichnet, wonach die Endesa Einblick in proprietäre Informationen zu Auslegung und Bau des fortgeschrittenen Druckwasserreaktors des Typs AP1000 erhält.**

Nachdem die Endesa eine mögliche Partnerin für nukleare Neubauprojekte in Spanien und Südamerika ist, ermöglicht das Abkommen die Weitergabe gewisser proprietärer Informationen der Westinghouse über die Auslegung, die Fertigung und den Bau des Reaktortyps AP1000. Laut Medienmitteilung

werden Endesa-Mitarbeiter mit der Westinghouse in Bereichen wie Ingenieursarbeiten, Lizenzierung, Anlagenbauunterstützung und Simulatortraining zusammenarbeiten.

Westinghouses President of Operations Ric Perez erklärte, die Unterzeichnung der Vereinbarung zeige das wachsende Interesse der Endesa an der AP1000-Technologie. «Diese Vereinbarung ist auch repräsentativ für das stetig zunehmende Interesse potenzieller Kunden in ganz Europa», ergänzte er. (M.A. nach Westinghouse, Medienmitteilung, 8. März 2011)

### Bis 2017 erstes Kernkraftwerk Weissrusslands am Netz

**Weissrussland hält an seinen Einstiegsplänen in die friedliche Nutzung der Kernenergie fest und will bis 2017 die erste Einheit in Betrieb nehmen. Hauptbauunternehmerin wird die russische Atomstroieexport sein. Zur Besiegelung dieser Pläne haben Russland und Weissrussland am 15. März 2011 einen Vertrag unterzeichnet.**

Das Abkommen wurde im Rahmen eines Treffens des weissrussischen Präsidenten, Alexander Lukaschenko, mit Russlands Ministerpräsident, Wladimir Putin, in der weissrussischen Hauptstadt Minsk besiegelt. Vorgesehen ist der Bau von zwei modernen Einheiten russischer Bauart mit einer elektrischen Leistung von 1200 MW je Block. Nach heutigen Plänen soll die erste Einheit bis 2017 in Betrieb gehen und die zweite ein Jahr später folgen. Als Standort wurde der Bezirk Astrawiez (Ostrovetskaia Rayon) in der Woblast Hrodna (Oblast Grodno) ausgewählt, die im Norden an Litauen und im Westen an Polen grenzt. Das Abkommen unterzeichnet haben der Generaldirektor der Rosatom, Sergei Kirijenko, und der weissrussische Energieminister, Alexander Ozerets. →



Die Regierung Weissrusslands hat sich für den Bau eines modernen Kernkraftwerks aus Russland entschieden. Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin (links) und der weissrussische Staatschef Alexander Lukaschenko geben sich in Minsk die Hand.

Foto: RIA Nowosti

Putin teilte an einer anschliessenden Pressekonferenz mit, dass Russland seinem Nachbarstaat für den Bau des Kernkraftwerks einen Kredit von rund USD 6 Mrd. (CHF 5,5 Mrd.) vergeben will. Sollten sich beide Parteien darauf einigen, könnte ein diesbezügliches Abkommen innerhalb eines Monats unterzeichnet werden, so Putin weiter. (M.B. nach Atomstroiexport, Medienmitteilung, sowie russischem Premierministeramt, Pressekonferenz, 15. März 2011)

## RWE klagt gegen Moratorium

**Die Energieversorgerin RWE Power AG hat am 1. April 2011 beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel Klage gegen die vorläufige Abschaltung des Kernkraftwerks Biblis-A eingereicht.**

Mit der Klage gegen die einstweilige Betriebs-einstellung des Kernkraftwerks Biblis A für die Dauer von drei Monaten stelle sie die Interessen der Aktionäre sicher, erklärte die RWE. Für das benachbarte Biblis-B wurde keine Klage eingereicht, da es wegen einer Revision stillstand und eine Anweisung zum Abschalten daher nur für Biblis-A erging.

Angesichts der Ereignisse in Japan hatte die Bundesregierung am 14. März 2011 beschlossen, alle deutschen Kernkraftwerke in den kommenden drei Monaten einer umfassenden Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen und während dieser Zeit die Einheiten, die vor Ende 1980 den Betrieb aufgenommen hatten, vom Netz zu nehmen (siehe Rubrik «Politik»). Die Regierung stützt sich dabei auf das Atomgesetz, das bei einem Gefahrenverdacht die einstweilige Betriebseinstellung ermöglicht. Die RWE ist der Meinung, die von der Regierung herangezogene Rechtsgrundlage sei nicht gegeben, da die deutschen Kernkraftwerke die geltenden Sicherheitsanforderungen erfüllten.

### Für Sicherheitsüberprüfung

Unabhängig davon unterstütze das Unternehmen die von der Bundesregierung beschlossene Sicherheitsüberprüfung aller deutschen Kernkraftwerke, betonte die RWE. Es sei notwendig und folgerichtig, den schweren Reaktorunfall in Japan genau zu analysieren und etwaige Erkenntnisse, die sich hieraus ergeben, zur weiteren Verbesserung der deutschen Sicherheitsreserven zu nutzen. Auch alle Bemühungen, die Sicherheit der Kernkraftwerke im internationalen Verbund und auf europäischer Ebene zu überprüfen und dabei eng zusammenzuarbeiten, seien ausdrücklich zu begrüssen. (M.A. nach RWE und Hessischem Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Medienmitteilungen, 1. April 2011)

## Elektrizitätsunternehmen sind attraktiv bewertet

**Die Katastrophe in Japan hat die Aktien vieler Elektrizitätsunternehmen belastet. Ein Einstieg könnte sich derzeit für die Anleger lohnen.**



Nach dem schweren Erdbeben und Tsunami vom 11. März 2011 in Japan kamen die Aktien der Elektrizitätsunternehmen unmittelbar unter Druck. Innerhalb weniger Tage verlor der WNA Nuclear Energy Index (WNAD) 13%.

Zum Vergleich: Der Swiss Market Index verlor 6% und der Deutsche Aktienindex 9%. Der japanische Nikkei-Index gab hingegen 20% nach. Aus dieser Perspektive war der Rückschlag der Stromaktien nicht derart dramatisch. Ausgerechnet bei den Margen könnte sich das Blatt erneut wenden. Exponenten wie Branchenbeobachter sagen höhere Strompreise voraus. Das freut die Aktionäre.

Unternehmen, die im Inland mit massiv erschwerten Bedingungen zu rechnen haben, litten an der Börse stärker. Der Kernenergie-Umsatzanteil schien zweitrangig. So wären bei der weltweit grössten Kernkraftwerksbetreiberin, der Electricité de France (EDF), in den ersten panischen Reaktionen die höchsten Verluste zu erwarten gewesen. Doch weit gefehlt: Die EDF verlor in den ersten Handelstagen nach Beginn der Katastrophe in Fukushima bloss 12%. Die Marktkapitalisierung des Konzerns mit Sitz in Paris lag immer noch bei CHF 65 Mrd. Obwohl der deutsche Konzern RWE aufgrund seiner Geschäftsfelder breiter aufgestellt ist, verlor seine Aktie zwischenzeitlich noch mehr als die der EDF.

Die deutschen Konzerne leiden unter der Aussicht vorzeitiger Abschaltung. Zudem ist die Kernenergie-Akzeptanz in Deutschland vor und nach Fukushima erheblich tiefer als in Frankreich. Betreiber wie die EDF sind

deshalb weniger exponiert als die deutschen Konkurrenten. Spürbar war das Kursgewitter ebenso an der Schweizer Börse. Die Aktie der Alpiq hat sich jedoch schnell wieder erholt. Die BKW wiederum ist aufgrund der Diskussionen um das Kernkraftwerk Mühleberg stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Einige Aktionäre haben in einer ersten Reaktion offensichtlich auch dem Energiemix der verschiedenen Konzerne wenig Beachtung geschenkt.

Viele Elektrizitätsunternehmen mit Kernenergiebeteiligungen können trotz allem mit einem soliden Geschäftsgang rechnen. Davon gehen zum Beispiel die Analysten der Zürcher Kantonalbank (ZKB) aus. Sie stufen die BKW-Aktie auf «marktgewichten» ein. Das ist eine neutrale Gewichtung – weder eine spezielle Verkauf- noch Kaufempfehlung. Die BKW dürfte im Jahresverlauf von den im Oktober 2010 implementierten Preiserhöhungen im Schweizer Geschäft von rund 6% profitieren. Positiv sollte sich auch der Energiederivatehandel entwickeln. Nach der Katastrophe in Japan seien die Grosshandelspreise deutlich angestiegen. Sollten sie auf dem erhöhten Niveau bleiben, könnte dies das Ergebnis der BKW bei einem unveränderten Produktionspark – das heisst ohne Stilllegung von Mühleberg – begünstigen.

Die BKW mit einer Bilanzsumme von CHF 6,5 Mrd. hat im vergangenen Jahr einen operativen Cashflow von CHF 275 Mio. erzielt (Vorjahr: 603 Mio.). Für die BKW wie für etliche andere Kernenergiebetreiber dürfte gelten: Die Aktie ist günstig bewertet, sie ist attraktiv. Die Risiken weiterer Kursverluste sind begrenzt.

*Lesen Sie den ausführlichen Bericht mit weiterführenden Links auf [www.nuklearforum.ch](http://www.nuklearforum.ch) oder [www.ebulletin.ch](http://www.ebulletin.ch).*



## Ankündigung der Jahresversammlung 2011

Donnerstag, 5. Mai, 14–16 Uhr im  
Hotel Bellevue Palace, Bern

### Kernenergie: eine Glaubensfrage?

Über die Kernenergie wird wieder heftig debattiert. Die nüchterne Betrachtung realistischer Szenarien für die Zukunft der Stromversorgung hat dabei oft einen schweren Stand. Nebengeräusche dominieren so manche Diskussion zu dieser für unser Land existenziellen Frage. An die Stelle einer faktenorientierten Auseinandersetzung mit dem komplexen Thema Energie treten allzu häufig

Emotionen und stereotype Argumente. Bringt es uns weiter, wenn die Nutzung der Kernenergie zur Glaubensfrage erklärt wird? Was bedeutet das polarisierte Umfeld für das Bestreben der Fachleute, ihren Beitrag zur fundierten Meinungsbildung in der Bevölkerung zu leisten?

An der diesjährigen Jahresversammlung des Nuklearforums Schweiz referieren zu diesem Thema:

- Chantal Balet, Präsidentin der Fédération romande pour l'énergie (FRE)
- Mathias Schuch, Leiter Unternehmenskommunikation der Areva NP GmbH
- Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor der Weltwoche. (R.B.)

## Impressum

### Redaktion:

Marie-France Aepli Elsenbeer (M.A., Chefredaktorin);  
Jsabelle Arni (J.A.); Dr. Roland Bilang (R.B.);  
Max Brugger (M.B.); Dr. Peter Bucher (P.B.);  
Matthias Rey (M.Re.); Dr. Michael Schorer (M.S.);  
Daniela Stebler (D.S.); Stephanie Rohrer (S.R.)

### Herausgeber:

Corina Eichenberger, Präsidentin  
Dr. Roland Bilang, Geschäftsführer  
Nuklearforum Schweiz  
Konsumstrasse 20, Postfach 1021, CH-3000 Bern 14  
Tel. +41 31 560 36 50, Fax +41 31 560 36 59  
info@nuklearforum.ch  
www.nuklearforum.ch oder www.ebulletin.ch

Das «Bulletin Nuklearforum Schweiz» ist offizielles Vereinsorgan des Nuklearforums Schweiz und der Schweizerischen Gesellschaft der Kernfachleute (SGK). Es erscheint 12-mal jährlich.

Copyright 2011 by Nuklearforum Schweiz ISSN 1661-1470 –  
Schlüsselwort Bulletin (Nuklearforum Schweiz) –  
abgekürzter Schlüsselwort (nach ISO Norm 4):  
Bulletin (Nuklearforum Schweiz).

Der Abdruck der Artikel ist bei Angabe der Quelle frei.  
Belegexemplare sind erbeten.

© Titelbild: DigitalGlobe

## Schweizerische Kernenergiechronik vom 1. Januar bis 31. März 2011

- (5622) 1. Januar 2011:** Mit dem Einbau der neuen Niederdruckturbinen beträgt die Brutto-Nennleistung des Kernkraftwerks Leibstadt neu 1245 MW und die Netto-Nennleistung 1190 MW.
- (5623) 4. Januar 2011:** Das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) der BKW FMB Energie AG konnte im Jahr 2010 mit brutto 3109 Mio. kWh den Rekord der Vorjahresproduktion (3092 Mio. kWh) leicht übertreffen und hat somit das beste Ergebnis seit der Inbetriebnahme erzielt. Seit Anfang der 1970er-Jahre erzeugte das KKM insgesamt mehr als 102 Milliarden kWh Strom.
- (5624) 10. Januar 2011:** Die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) hat die im November 2010 veröffentlichten Gutachten des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi) zu den drei Rahmenbewilligungsgesuchen für neue Kernkraftwerke in den Kantonen Aargau, Bern und Solothurn geprüft. Die KNS attestiert dem Ensi eine umfassende und detaillierte sicherheitstechnische Überprüfung der Gesuche. Sie stimmt den Ergebnissen der Ensi-Prüfung mehrheitlich zu.
- (5625) 17. Januar 2011:** Im vergangenen Jahr waren die schweizerischen Kernanlagen sicher und in einem technisch guten Zustand. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) verzeichnete insgesamt 42 meldepflichtige Vorkommnisse. Der Strahlenschutz der Bevölkerung war zu jeder Zeit gewährleistet.
- (5626) 22. Januar 2011:** Die Delegierten der CVP Schweiz verabschieden anlässlich ihrer Versammlung in Pratteln ein Energiepapier und setzen darin mittelfristig auf Kernenergie.
- (5627) 25. Januar 2011:** Experimente eines internationalen Forscherteams am Paul Scherrer Institut (PSI) liefern mit einer neuen Messung der Lebensdauer des Myons einen hochgenauen Wert, der für die Bestimmung der Stärke der schwachen Kernkraft oder Wechselwirkung entscheidend ist.
- (5628) Januar 2011:** 44 neue Brennelemente aus wiederaufbereitetem Uran (WAU) werden an das Kernkraftwerk Gösgen geliefert, das davon 20 ins Trockenlager einlagert.
- (5629) 13. Februar 2011:** Die Stimmberechtigten des Kantons Bern sind aufgerufen, sich in einer Konsultativabstimmung zur positiven Stellungnahme des Kantons zum Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg zu äussern. 51,2% der Stimmenden sprechen sich für ein Ersatzkernkraftwerk aus. Die Stimmbeteiligung beträgt 51,7%.
- (5630) 13. Februar 2011:** Das Stimmvolk des Kantons Nidwalden spricht sich in einer Konsultativabstimmung klar gegen ein mögliches Tiefenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle am Standort Wellenberg aus.
- (5631) 14. Februar 2011:** In einem Bericht zuhanden des Grossen Rats – dem Kantonsparlament – zu den Rahmenbewilligungen für Ersatzkernkraftwerke spricht sich die Regierung des Kantons Neuenburg gegen Neubauten aus. Jedoch ist sie mit dem Verfahren des Bundes zum Sachplanverfahren Tiefenlager Etappe 1 und dessen Resultaten einverstanden.
- (5632) 22. Februar 2011:** Der Grosse Rat – das Kantonsparlament – des Kantons Waadt empfiehlt seinem Stimmvolk, an der Konsultativabstimmung vom 15. Mai 2011 die positiven Stellungnahmen zu den Rahmenbewilligungsgesuchen für Ersatzkernkraftwerke und zum Sachplanverfahren Tiefenlager Etappe 1 zu unterstützen.
- (5633) 14. März 2011:** Aufgrund der neusten Entwicklung in den durch das Erdbeben vom 11. März 2011 betroffenen Kernkraftwerken in Japan und nach internen Beratungen beschliesst die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek), Doris Leuthard, die drei Rahmenbewilligungsverfahren für Ersatzkernkraftwerke in der Schweiz zu sistieren, «bis die Sicherheitsstandards sorgfältig überprüft und allenfalls angepasst wurden». →

- (5634) 18. März 2011:** Aufgrund der Ereignisse in Japan nach dem schweren Erdbeben und Tsunami von März 2011 beschliesen der Nationalrat wie auch der Ständerat während der diesjährigen Sommersession, die vom 30. Mai bis 17. Juni 2011 stattfindet, eine ausserordentliche Session zur Kernenergie durchzuführen.
- (5635) 22. März 2011:** Die Regierungen der Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft verlangen von den französischen Behörden und der Betreiberin Electricité de France (EDF) eine sofortige vorübergehende Abschaltung des französischen Kernkraftwerks Fessenheim, «bis eine intensive Kontrolle unter Einbezug der Ergebnisse aus den Ereignissen in Japan durchgeführt worden ist».
- (5636) 23. März 2011:** Der Bundesrat gibt dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) grünes Licht für die Aktualisierung der Energieperspektiven. Erste Resultate werden bis zum kommenden Juni erwartet.
- (5637) 23. März 2011:** Das Nuklearforum Schweiz führt einen weiteren erfolgreichen Forums-Treff durch. Es referiert Yves Poitevin, Projektleiter TBM, Fusion for Energy zum Thema «The European Test Blanket Modules (TBMs) Program in ITER: A major step toward Tritium Breeding Blankets for Fusion Reactors».
- (5638) 26. März 2011:** Der Vorstand der Bürgerlich-Demokratischen Partei der Schweiz (BDP) genehmigt das von der Bundeshausfraktion der BDP Schweiz ausgearbeitete Positionspapier Energie. Darin nimmt die Partei Abstand von der bisherigen Haltung, erst mittel- bis langfristig aus der Kernenergie auszusteigen. Sie fordert jedoch weiterhin eine autonome und CO<sub>2</sub>-arme Energieproduktion.
- (5639) 28. März 2011:** Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) hält den geologischen Kenntnisstand der Nagra für ausreichend, um die Sicherheit der potenziellen Standortgebiete für geologische Tiefenlager zu beurteilen und zu vergleichen. Daher sind laut Ensi in Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager keine Sondierbohrungen nötig.
- (5640) 29. März 2011:** Die Grüne Partei der Schweiz will, dass die Schweiz bis 2024 «geordnet aus der Atomenergie» aussteigt. Dieses Ziel verfolgen die Grünen mit einer Volksinitiative, deren Entwurf bereits bei der Bundeskanzlei hinterlegt ist.
- (5641) 30. März 2011:** Die Regierung des Kantons Jura schliesst sich der Forderung beider Basel an, das französische Kernkraftwerk Fessenheim sofort vorläufig abzuschalten. (Vgl. Nr. 5635)
- (5642) 31. März 2011:** Die BKW FMB Energie AG (BKW) nimmt vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Japan eine erste Standortbestimmung zur Sicherheit des Kernkraftwerks Mühleberg (KKM) vor: Ein politisch motiviertes vorzeitiges Abschalten des KKM würde der Umwelt schaden und hätte schwer abschätzbare Auswirkungen auf den Strompreis.
- (5643) März 2011:** In der Frühjahrsession 2011 der Eidgenössischen Räte werden wiederum zahlreiche parlamentarische Vorstösse zur Kernenergie eingereicht. Sie fordern aufgrund des Reaktorunglücks in Japan vom Bundesrat eine Einschätzung der Alternativen zur Kernenergie und thematisieren das Sachplanverfahren geologische Tiefenlager, die Erdbebensicherheit in der Schweiz sowie die Sicherheit der Kernenergie. Andere fordern nach dem Reaktorunglück in Japan die Stilllegung der älteren Kernkraftwerke oder grundsätzlich den Atomausstieg. (J.A.)

## Japan-Update

Informieren Sie sich über den aktuellen Stand der Geschehnisse in den Nuklearanlagen in Japan nach dem schweren Erdbeben und Tsunami vom 11. März 2011.

## SGK-Apéro...

Am 3. Mai findet im Grandcasino Baden der nächste SGK-Apéro der «Wissen»-schaff(f)t! statt.

## ...und Weiterbildungsseminar



über «Radioaktive Abfälle, Zwischenlagerung und Entsorgungskonzepte»  
10. Mai 2011, Ascom, Auditorium, Bern

Foto: Nagra

## Dossier: Deutschland – Kernenergie wie weiter?



### Dossier zu den aktuellsten energiepolitischen Entscheidungen in Deutschland

Die deutsche Regierung hat beschlossen, die erst Anfang 2011 gesetzlich festgelegte Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke für drei Monate auszusetzen. Die sieben ältesten Kernkraftwerkeinheiten werden während dieser Zeit vorübergehend vom Netz genommen.

Foto: Deutscher Bundestag / Lichtblick / Achim Melde

## Dossier: neu eingereichte Vorstösse zur Kernenergie

In der Frühjahrssession 2011 der Eidgenössischen Räte wurden wiederum zahlreiche parlamentarische Vorstösse zur Kernenergie eingereicht, besonders solche in Bezug auf die Ereignisse in Japan. Sie finden sie nach Themen sortiert in unserem neuen Dossier.



Foto: Parlamentsdienste

## Online-Agenda

Auf dieser Bulletinseite fanden Sie bis anhin eine Übersicht über Konferenzen im Nuklearbereich. Diese finden Sie neu noch auf unserer Website, gegliedert in die Kategorien Konferenzen, Fortbildungen und Vorträge. Bleiben Sie informiert und besuchen Sie unsere Online-Agenda auf [nuklearforum.ch/mehr](http://nuklearforum.ch/mehr).

## Jahresversammlung des Nuklearforums



«Kernenergie: eine Glaubensfrage?»  
5. Mai 2011, Hotel Bellevue Palace, Bern

Foto: Nuklearforum Schweiz, Thai Christen